DIE GROSSE KRAFT


Sozialistische Einheitspartei

DIE GROSSE KRAFT

ERLEBNISBERICHTE VOM KAMPF UM DIE EINHEIT DER ARBEITERKLASSE

BERLIN-LICHTENBERG

JUNI 1945 - APRIL 1946

Die größte und stärkste Partei ganz Deutschlands, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, feiert in diesen Tagen ihren 20. Geburtstag. Mit ihren über 1,7 Millionen Mitgliedern ist sie die Partei der geeinten Arbeiterklasse und des ganzen Volkes. In ihr vereinigen sich die großen Erfahrungen und Traditionen des jahrzehntelangen Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für ein Leben in Frieden, Wohlstand und Glück.

Bereits mit dem 1. Weltkrieg wurde in Deutschland sichtbar, daß die Imperialisten und Militaristen das Recht auf den Führungsanspruch der Nation verwirkt haben, da sie unserem Volk nur eine Alternative von Krisen und Kriegen zu bieten hatten. Trotzdem gelang es ihnen, ihre Positionen nach dem 1. Weltkrieg wieder auszubauen und zur faschistischen Diktatur überzugehen. Das gelang ihnen nicht zuletzt dadurch, daß die deutsche Arbeiterklasse gespalten war, und die rechten sozialdemokratischen Führer selbst noch Anfang des Jahres 1933 das Angebot der KPD zur Aktionseinheit ausschlugen. Die deutschen Imperialisten und Militaristen führten unser Volk erneut in eine nationale Katastrophe von einem bisher nicht gekannten Ausmaß. Es durfte danach nur eine Schlußfolgerung geben: Das schaffende Volk muß seine Geschicke selbst bestimmen, und es konnte nur die Arbeiterklasse sein, die die Führung bei der Schaffung eines antifaschistisch-demokratischen und friedliebenden Deutschlands ausübte. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre lehrten, daß die Arbeiterklasse nur dann die Führung haben wird, wenn sie die Spaltung in ihren Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammelt. Deshalb war die Vereinigung der beiden deutschen Arbeiterparteien das Gebot der Stunde.

Wenn wir in diesen Tagen den 20. Jahrestag der Gründung der SED so ehrenvoll begehen, dann eben deshalb, weil mit ihrer Gründung der unseligen Spaltung ein Ende gesetzt wurde.

Mit dem Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands am 11. Juni 1945 wurde der Weg aus der nationalen Katastrophe gewiesen. Jetzt kam es darauf an, die Kraft zu schmieden, die fähig und stark genug ist, im Bündnis mit allen Schichten des Volkes diesen Weg erfolgreich zu beschreiten. Die örtliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Berlin-Lichtenberg hat in der vorliegenden Broschüre eine Übersicht gegeben, wie sich dieser historische Prozeß im Stadtbezirk Lichtenberg vollzog. Wir sind den Genossen und Freunden, die aus ihrer Kampf- und Lebenserfahrung heraus diese Broschüre gestaltet haben, zu großem Dank verpflichtet. Diese Broschüre wird bei vielen älteren Bürgern unseres Stadtbezirks Erinnerungen wachrufen und Anlaß sein, selbst noch einmal Rückblick zu halten. Sie wird vor allem — und das erscheint mir besonders wichtig — unseren jungen Menschen wertvolle Lehren und Erfahrungen vermitteln. Sie wird ohne Zweifel zum besseren Verständnis auch der gegenwärtigen Probleme, insbesondere der unterschiedlichen Entwicklung in Deutschland sowie des Entstehens zweier deutscher Staaten und des besonderen Territoriums Westberlin beitragen.

So wie im Stadtbezirk Berlin-Lichtenberg entstanden in den Jahren 1945-46 in ganz Deutschland die Komitees zur Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse. Die Bajonette der westlichen Besatzungsmächte waren es, die die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse in den westlichen Besatzungszonen verhinderten und verboten. Das ist die historische Wahrheit, die man im Westen Deutschlands von seiten der herrschenden Kreise so gerne verschleiern möchte. Die schon während des Krieges geknüpften Beziehungen zwischen den amerikanischen und deutschen Monopolen waren die Grundlage für die Besatzerbefehle in den Westzonen. Es ging ihnen nicht um die Freiheit der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes, es ging ihnen um die Erhaltung der Ausbeuterord-

nung — die sie demagogisch als „freiheitliche Ordnung" bezeichnen — es ging ihnen um die Rettung der Macht der Imperialisten und Militaristen, um die Errichtung eines Bollwerks gegen die Demokratie und den sozialen Fortschritt.

Wir begehen in diesen Tagen den 20. Jahrestag der SED festlich und freudig, weil die zurückliegenden 20 Jahre seit der Gründung unserer Partei eine stolze Bilanz aufweisen. Auf der Basis der Einheit der Arbeiterklasse entstand bei uns der Staat der Arbeiter und Bauern, unsere Deutsche Demokratische Republik.

Der Weg, den wir zurückgelegt haben, war trotz der brüderlichen Hilfe und Unterstützung der Sowjetunion nicht leicht. Um wieviel schwerer wurde er noch dadurch, daß wir den Neuaufbau auf den Trümmern des Faschismus und unter den Bedingungen der von den Westmächten und den deutschen Imperialisten herbeigeführten widernatürlichen Spaltung zu vollziehen hatten. Nur eine geeinte Arbeiterklasse unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei konnte alle friedliebenden Schichten unseres Volkes so eng zusammenschließen und sie zu solchen Leistungen befähigen, daß trotz aller Angriffe und Anfeindungen der Imperialisten und Revanchisten in Westdeutschland unsere Deutsche Demokratische Republik zu dem wurde, was sie heute ist: ein Bollwerk des Friedens auf deutschem Boden; der deutsche Staat, dem die Zukunft ganz Deutschlands gehört. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die einzige Partei in Deutschland, die ein wissenschaftliches Programm zur Lösung der Lebensfragen der Nation besitzt. Sie ist die Partei, die in Verfolgung ihrer gradlinigen und konsequenten Politik an der Spitze des Kampfes gegen die Atomkriegspolitik der westdeutschen CDU-CSU, für Abrüstung, Entspannung und Verständigung in Deutschland steht. Die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands entspricht den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes. Deshalb gilt unser Dank anläßlich des 20. Jahrestages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands den Begründern unserer Partei, unseren Genossen Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht und all den vielen Genossinnen und Genossen, die unter ihrer Führung in der schweren Zeit vor 20 Jahren ihr bestes für dieses große Ziel gegeben haben.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

Kreisleitung Lichtenberg

1. Sekretär

Gerd Grzegorek

Sonntag, 21. April 1946

Im festlich geschmückten Saal des Admiralspalastes in Berlin beginnt der Parteitag der Einheit. Mehr als tausend Delegierte und Ehrengäste füllen den Raum. Unter den Delegierten befinden sich die Lichtenberger Genossen Hein Peglow, 1. Kreissekretär der KPD, und Wilhelm Peters, Kreisvorsitzender der SPD. Im Kampf um die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien haben sie sich zusammengefunden und sind echte Kampfgefährten geworden. Sie vertreten 5500 Genossen der KPD und 4500 Genossen der SPD aus dem Verwaltungsbezirk Berlin-Lichtenberg, die sich für die einheitliche Arbeiterpartei entschieden haben.

Es ist 10 Uhr

Zur Einleitung des Parteitages spielt das Orchester der Staatsoper die Fidelio-Ouvertüre von Ludwig van Beethoven. Nachdem sie verklungen ist, betreten die beiden Parteivorsitzenden, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, von links und rechts kommend, die Bühne, treffen in der Mitte zusammen und reichen sich unter stürmischem, langanhaltendem Beifall die Hände. Einem Schwur gleich braust ein dreifaches Hoch auf die deutsche Arbeiterklasse durch den Saal.

OTTO GROTEWOHL:

„30 Jahre Bruderkampf finden in diesem Augenblick ihr Ende ... Wer einen geschichtlichen Blick hat, der sieht heute Millionen von Sozialisten hinter uns stehen. Ein Aufatmen geht durch ihre Reihen, ein Alpdruck fällt von ihnen und ein Leuchten steht in ihren Augen. Ein alter Traum ist Wirklichkeit geworden: Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse." (Stürmischer Beifall.)

WILHELM PIECK:

„Es ist eine große Aufgabe, ein neues antifaschistisches demokratisches Deutschland zu schaffen, unserem Volk aus seiner Not herauszuhelfen und Friede und Demokratie in diesem Deutschland zu sichern. (Stürmischer Beifall.) Gehen wir mutig ans Werk! Wir werden es schaffen. Wir werden unsere Sozialistische Einheitpartei zu der Millionenpartei des deutschen werktätigen Volkes machen, um damit alle inneren Feinde zu schlagen, um das große Werk zu vollenden, das wir uns als Ziel gesetzt haben: Den Sozialismus. (Erneuter Beifall.)

Otto Grotewohl! Das sei der Sinn unseres Händedrucks, das sei unser heutiges Gelöbnis, das sei unsere Tat!" (Stürmischer Beifall.)

Tagungsvorsitzender

WALTER ULBRICHT:

„Wir fahren jetzt in unserer Verhandlung fort und kommen zu dem grundlegenden Beschluß über die Vereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei. Ich lese den Vorschlag, der von den beiden Parteien angenommen wurde, vor:

‚Am 19. und 20. April 1946 haben der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands übereinstimmend die Vereinigung beider Arbeiterparteien beschlossen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands konstituieren sich nunmehr als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.' (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Vereinigungsbeschluß. Wer für den Beschluß auf Vereinigung der beiden Parteien zur Sozialistischen Einheitspartei ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle Einstimmigkeit fest."

Die Delegierten erheben sich spontan. Brausender, minutenlanger Beifall ertönt. Alle Genossen sind tief bewegt. Vielen stehen Freudentränen in den Augen. Was mögen die Genossen denken? Was denkt Hein Peglow?

„Endlich sind wir vereint. Weit und schwer war der Weg bis hierher. Wir Kommunisten haben seit dem Bestehen unserer Partei um die Einheit der Arbeiterklasse gekämpft. Viele SPD-Genossen waren bereit, die gereichte Bruderhand zu ergreifen. Es gab gemeinsame erfolgreiche Aktionen, 1920 den Generalstreik gegen den Kapp-Putsch, 1926 den Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung. Es gab noch andere gemeinsame Einzelaktionen. Vor allem viele örtliche. Immer, wenn wir für die Interessen der Arbeiterklasse und der Nation zusammengestanden haben, waren wir stärker als die Reaktion. Die Herstellung einer dauerhaften Aktionseinheit wurde jedoch durch die Spaltungspolitik der Bourgeoisie, den Antikommunismus und die Haltung der rechten Führer der SPD und Gewerkschaften verhindert. So konnte es geschehen, daß die Arbeiterklasse 1933 getrennt marschierte und nicht die Kraft aufbrachte, den Faschismus zu verhindern. Wieviel Opfer, Blut und Tränen hat das die Arbeiterklasse und das deutsche Volk gekostet.

Die KPD und viele Sozialdemokraten zogen daraus schon während des Faschismus die Lehren. 1935 schlug die Brüsseler Parteikonferenz der KPD die Bildung der proletarischen Einheitsfront, die Schaffung der antifaschistischen Volksfront zum Sturze des Hitlerregimes vor. Walter Ulbricht und Franz Dahlem fuhren im November 1935 zum Parteivorstand der SPD nach Prag. Dort fanden sie kein Gehör. Aber in der Emigration, in den Zuchthäusern und KZ und in der illegalen Arbeit fanden sich mehr und mehr KPD- und SPD-Genossen zusammen. Was Genosse Wolff neulich erzählte, war interessant. Im Konzentrationslager Lichtenburg verfügten die Kommunisten über einige Exemplare der Beschlüsse der Brüsseler Parteikonferenz. Sie haben mit den SPD-Genossen darüber diskutiert und Zustimmung gefunden.

Die Uhrig-Gruppe, das war schon die antifaschistische Einheitsfront. Kommunisten, Sozialdemokraten, parteilose bürgerliche Antifaschisten und sogar Offiziere der Naziwehrmacht waren in ihr vereinigt. Die Lichtenberger Hans Zoschke, Paul Wolff, Paul Wengels, Emil Geffroy, Adolf Simon, Erich Wiechmann waren auch darunter. Als viele aus dieser Gruppe verhaftet und in die Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen, Wuhlheide (südlich des jetzigen Berliner Tierparks d. R.) geschleppt wurden, setzten sie unter den dortigen schweren Bedingungen ihr Ringen um den Zusammenschluß aller Antifaschisten fort.

Auf der Berner Konferenz warnte die KPD, der Hitlerkrieg steht vor der Tür. Wieder stellte sie die Frage der Einheitsfront in den Mittelpunkt und rief zur

Schaffung der Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse auf. Später gründeten dann die Genossen Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Erich Weinert das „Nationalkomitee Freies Deutschland". Das war schon eine breite Front der deutschen Hitlergegner.

Ja, so war es. Die Kommunistische Partei und viele Genossen der SPD haben gegen den Faschismus kämpfend die Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ein für alle Mal gezogen.

Als im Juni 1945 die Genossen der beiden Arbeiterparteien die legale Tätigkeit organisierten, geschah das bereits in dem festen Willen, beide Parteien fest zusammenzufügen.

Auch jetzt war es nicht leicht. Viele falsche Auffassungen und Vorbehalte mußten in oft stundenlangen Diskussionen überwunden werden. Die eingefleischten Opportunisten und die getarnt operierenden Feinde der Arbeitereinheit, die Lipschitz, Motes und wie sie alle heißen, haben bestimmt nichts unversucht gelassen, um die SPD-Mitglieder zu verwirren und wieder in den Bruderkampf zu stürzen. Aber wir haben sie geschlagen. Im offenen Kampf! Und das ‚wir haben sie geschlagen' hieß jetzt schon, Kommunisten und zahlreiche sozialdemokratische Funktionäre gemeinsam. Wilhelm Peters hatte es als Kreisvorsitzender der SPD in Lichtenberg nicht leicht. Aber, wenn in unserem Bezirk die große Masse der SPD-Mitglieder dem Aufruf zur Einheit bejahend gefolgt ist, so hat er unendlich viel dazu getan.

Gut, daß es uns gelungen ist, die Aktionseinheit der parteilosen Menschen breit zu entwickeln. Die antifaschistischen Frauenausschüsse, die Schaffung der einheitlichen freien Gewerkschaften, die Aktionen der Jugend und vieles andere hat zur Vereinigung beigetragen.

Ein wochenlanger Kampf liegt hinter uns. Nun stehen wir an einem neuen Beginn. Die große Kraft unseres Lebens ist entstanden. Wir werden sie nutzen. Wir werden eine antifaschistische Staatsmacht errichten. Jetzt kommt unsere Zeit! Wir werden die Reaktion im Klassenkampf bezwingen. Vereint sind wir unbesiegbar."

Aus der Schlußansprache des Genossen Walter Ulbricht:

„... Mit der Beschlußfassung über die Vereinigung ... wurde ein großer geschichtlicher Erfolg erreicht ... Von der Hauptstadt unseres deutschen Vaterlandes, von Berlin aus, leuchtet für das ganze deutsche Volk weithin das Banner der Sozialistischen Einheitspartei, das Banner der Einheit aller demokratischen Kräfte, das Banner der Einheit Deutschlands. (Stürmischer Beifall.) Von nun ab trägt das Banner der deutschen Arbeiterbewegung das Symbol der Einheit, das Zeichen der verschlungenen Hände ..."

Inzwischen sind 20 Jahre vergangen. Die vom Vereinigungsparteitag beschlossenen Grundsätze und Ziele sind verwirklicht. Unter der Führung der Partei wurde der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse erkämpft. Unsere Partei — die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands — verfügt über ein klares, wissenschaftlich begründetes Programm für den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und für die Überwindung von Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland.

Heute nach 20 Jahren haben wir uns — eine Reihe von Genossinnen und Genossen, die damals in der KPD und in der SPD die Politik der beiden Parteiführungen zur Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei in Lichtenberg vertraten — zusammengefunden, Erinnerungen ausgetauscht, ergänzt und Dokumente aus jener Zeit gesammelt. Wir haben uns bemüht, das, was damals war, zur bleibenden Erinnerung für alle Lichtenberger Bürger und besonders für die Jugend aufzuschreiben.



Berlin-Lichtenberg - Juni 1945

Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten haben schon viele Menschen von ihrer Passivität und Gleichgültigkeit befreit und zur Tat mobilisiert. Erste Schritte in ein neues Leben sind getan. Klingenberg produziert wieder Strom. Die Wasserversorgung ist gesichert. Die wichtigsten Straßen sind von den Trümmern befreit. Eine rationierte Lebensmittelversorgung ist erreicht. Der Aufbau neuer antifaschistisch-demokratischer Selbstverwaltungsorgane hat unter der Führung der Arbeiterklasse begonnen.

Allein wären wir nicht so schnell vorangekommen. Aber die sowjetischen Genossen gaben uns durch Rat und Tat unschätzbar wertvolle Hilfe.

Und dennoch war es sehr schwer. Zu furchtbar war das Erbe, das die Faschisten hinterlassen hatten. Es waren nicht nur die Trümmer und das Chaos in der ganzen Stadt, sondern vor allem die Ausweglosigkeit, die Mutlosigkeit und Ziellosigkeit vieler Menschen, die es zu überwinden galt.

Doch in diesem Monat Juni geschah etwas, das auch in Lichtenberg Hunderten, ja Tausenden Hoffnung, Halt und Ziel gab.

Am 10. Juni 1945 verkündete die sowjetische Militäradministration in Deutschland den Befehl Nr. 2, der anti-

faschistisch-demokratischen Parteien und den Freien Gewerkschaften ihre legale poltische Tätigkeit gestattete.

Einen Tag später wandte sich das Zentralkomitee der KPD mit einen Aufruf an das schaffende Volk in Stadt und Land. In Fortführung der Beschlüsse von Brüssel und Bern legte die KPD das Programm der Erneuerung Deutschlands, der Aufrichtung eines antifaschistisch-demokratischen Regimes, der Schaffung einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk dar. Das war der Weg — der neue, der richtige Weg!

Uns alle — ob wir damals Kommunisten oder Sozialdemokraten waren — beseelte der Aufruf des Zentralkomitees der KPD.

Wie hieß es doch darin:

> „Feste Einheit, entschlossener Kampf und beharrliche Arbeit bilden die Garantien des Erfolges unserer gerechten Sache! Fester den Tritt gefaßt! Höher das Haupt erhoben! Mit aller Kraft ans Werk! Dann wird aus Not und Tod, Ruinen und Schmach die Freiheit des Volkes und ein neues, würdiges Leben erstehen."

KURT SMETTAN:

„In ganz Berlin fanden am Abend des 12. Juni 1945 Zusammenkünfte der Kommunistischen Partei statt. Große Freude herrschte unter den Genossen, die sich nach jahrelanger Verfolgung und Illegalität wieder legal zusammenfinden konnten. Wir alle waren kampfesmutig und entschlossen. Uns war klar: Dem Volk muß die ganze Wahrheit gesagt werden. Jeder muß wissen, die Schuldigen am Krieg waren die deutschen Imperialisten und ihre Handlanger, die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Wir durften und wollten auch nicht die Mitschuld des deutschen Volkes verschweigen. Jeder mußte gewonnen werden, seinen Beitrag zu leisten für die Wiedergutmachung. Es galt, das ganze Volk unter der Führung der Arbeiterklasse für die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Macht zu gewinnen. Deshalb stellten wir die Forderung des Zentralkomitees —

> ‚Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes! Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion! Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion; denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!'

vom ersten Tage an in den Mittelpunkt unserer massenpolitischen Arbeit."

Nachdem das Zentralkomitee der KPD den Weg aus der Katastrophe gewiesen hatte, warteten die damaligen Sozialdemokraten unter uns mit Spannung — und vielfach auch mit Sorge — auf die erste offizielle Äußerung der SPD-Führung. Würde sie unseren Willen entsprechen und die Lehren aus der unglückseligen Spaltung ziehen?

Um so freudiger waren alle klassenbewußten Sozialdemokraten, als am 15. Juni 1945 der Aufruf des vom unvergessenen Genossen Otto Grotewohl geleiteten Zentralauschusses veröffentlicht wurde. Der Aufruf enthielt das Bekenntnis der legitimen Führung der SPD zur Einheit der Arbeiterklasse, zu gemeinsamen Aktionen für die Überwindung des Nazismus und für den Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Republik.

Die Organisationseinheiten der KPD und SPD wurden geschaffen

HEIN PEGLOW:

„Nach der Veröffentlichung des Aufrufes vom 11. Juni 1945 hatten wir Kommunisten die Aufgabe, möglichst viele Menschen mit seinem Inhalt vertraut zu machen und für seine Durchführung zu gewinnen. Dabei suchten wir sofort die Gemeinsamkeit mit den sozialdemokratischen Genossen. Im damaligen Stadtbezirk Lichtenberg-Süd erreichten wir auch bald ein einheitliches Vorgehen.

AUFRUF
der Kommunistischen Partei Deutschlands

Schaffendes Volk in Stadt und Land!
Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und Abermillionen hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete. Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen.

Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen, der Arbeitslosigkeit und des Hungers.

Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau Deutschlands auf solider Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophenpolitik unmöglich wird.

Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der **Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.**

An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf!

Die unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben auf diesem Wege sind vor allem:

1. **Vollständige Liquidierung der Ueberreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei.** Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung der versteckten Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banditen. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben. Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung der Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören.

2. **Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit.** Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums. Wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten. Strenge Sparsamkeit in der Verwaltung und bei allen öffentlichen Ausgaben. Umbau des Steuerwesens nach dem Grundsatz der progressiven Steigerung. Sicherung der restlosen Ernteeinbringung auf dem Wege breiter Arbeitshilfe für die Bauern. Gerechte Verteilung der Lebensmittel und der wichtigsten Verbrauchsgegenstände, energischer Kampf gegen die Spekulation.

3. **Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes.** Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen demokratischen Parteien. Umbau des Gerichtswesens gemäß den neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rasse vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses. Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie, über die Verlogenheit der „Lehre vom Lebensraum", über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk. Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.

4. **Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- bzw. Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.**

5. **Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung.** Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden. Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Oeffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern.

6. **Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher.** Uebergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinzialen Selbstverwaltungsorgane.

7. **Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Uebergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern.** Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.

8. **Uebergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke etc.) sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.**

9. **Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern.** Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.

10. **Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reicheren auch eine größere Last tragen.**

Werktätige in Stadt und Land!

Das sind die ersten und dringendsten Aufgaben zum Wiederaufbau Deutschlands, zur Neugeburt unseres Volkes. Diese Aufgaben können nur durch die feste Einheit aller antifaschistischen, demokratischen und fortschrittlichen Volkskräfte verwirklicht werden.

Erfüllt von der Erkenntnis des Ausmaßes der Katastrophe und den verhängnisvollen Folgen der bisherigen Spaltung des Volkes gegenüber Nazismus und Reaktion bricht sich in Stadt und Land immer stärker der **Drang zur Einheit** Bahn. In Uebereinstimmung mit diesem Willen des Volkes darf den Spaltern und Saboteuren der Einheit kein Zoll Raum für ihr verräterisches Werk gegeben werden. Notwendig ist

die Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die endgültige Liquidierung des Nazismus und zum Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines

Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien

(der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und anderer) dienen kann.

Feste Einheit, entschlossener Kampf und beharrliche Arbeit bilden die Garantien des Erfolges unserer gerechten Sache!

Fester den Tritt gefaßt! Höher das Haupt erhoben! Mit aller Kraft ans Werk! Dann wird aus Not und Tod, Ruinen und Schmach die Freiheit des Volkes und ein neues würdiges Leben erstehen.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Wilhelm Pieck	Ottomar Geschke	Michael Niederkirchner	Martha Arendsee
Walter Ulbricht	Johannes R. Becher	Hermann Matern	Otto Winzer
Anton Ackermann	Edwin Hoernle	Irene Gärtner	Hans Mahle
Gustav Sobottka	Hans Jendretzky	Bernhard Koenen	

Berlin, den 11. Juni 1945.

Als erstes organisierten wir am 30. Juni 1945 in der Aula des Realgymnasiums Schreiberhauer Straße (jetzt 1. Oberschule) eine Einwohnerversammlung.

Im Mittelpunkt dieser Versammlung stand die Aufklärung über die verhängnisvolle Rolle des Faschismus und seiner Verbrechen. Wir erläuterten den Aufruf der KPD zur Überwindung der Not, zur Schaffung eines demokratischen Deutschlands und riefen den Anwesenden zu: Jeder einzelne, ihr alle müßt mithelfen! Die mehr als 600 Anwesenden stimmten unseren Ausführungen zu und bekannten sich einmütig zum Aufruf der KPD.

Das war der Auftakt für die unermüdliche agitatorische und propagandistische Arbeit, die von der jungen Organisation der KPD Lichtenberg-Süd in den folgenden Wochen und Monaten geleistet wurde. In kalten Versammlungsräumen, aber mit großer Begeisterung, wurden Schulungs- und Diskussionsabende durchgeführt, die sich durch guten Besuch und lebhafte Beteiligung aller Anwesenden auszeichneten."

PAUL HANDELMANN:

„Nach der Zulassung der antifaschistisch-demokratischen Parteien haben wir in Friedrichsfelde sofort alle uns bekannten SPD-Genossen aufgesucht und die Sammlung der ehemaligen Mitglieder unserer Partei eingeleitet. Die erste Versammlung unserer Abteilung (Organisationseinheit der SPD) fand Ende Juni 1945 statt. Die erste Frage, die in dieser Versammlung gestellt wurde, war: ‚Warum wieder zwei Arbeiterparteien und nicht eine einheitliche?' Es war für uns nicht leicht, den Genossen klarzumachen, daß wir zuerst innerhalb unserer Partei, unserer Abteilung Klarheit über die Notwendigkeit der Einheitspartei, vor allem aber deren Ziele und Grundsätze zu schaffen haben. Wir wählten einen sechsköpfigen Vorstand, der die Aufgabe hatte, die Parteiarbeit zu organisieren, um in enger Verbindung mit der Gruppe der KPD die vor uns stehenden Aufgaben zu lösen.

Wir traten mit den Genossen Ernst Ulrich und Willi Schubert, die damals die KPD-Gruppe in Friedrichsfelde leiteten, zusammen und verständigten uns über das gemeinsame Handeln und Auftreten. Die Zusammenarbeit führte dazu, daß ab August 1945 gemeinsame Leitungssitzungen durchgeführt wurden."

ERNST GLATZER:

„Nach der Zulassung der Partei bildeten wir in Kaulsdorf eine Ortsgruppe der KPD, die ihren Sitz im Lokal Eschrich hatte. Wir nahmen sofort Verbindung zur Unterbezirksleitung Lichtenberg der KPD auf. Weil wir die Aufgabe bekamen, eine breite politische Arbeit zu leisten, übertrug Genosse Merschel als Vorsitzender der Ortsgruppe allen Mitgliedern der Leitung konkrete Arbeitsgebiete.

Die Frauenarbeit übernahm Genossin Nehls. Die Kulturarbeit in Verbindung mit dem neugebildeten Kulturbund hatte Genosse Kunze übernommen. Die Literatur- und Agitationsarbeit leiteten die Genossen Ohlew und Vogt. Mir wurde die Schulungsarbeit übergeben.

Zur damaligen Zeit gab es kaum noch marxistisch-leninistische Literatur. Wir riefen daher alle Genossen auf, die über die faschistische Zeit geretteten Bücher und Broschüren von Marx, Engels, Lenin und leitenden Genossen der Partei zur Verfügung zu stellen. Genosse Dickmann sammelte die Schriften und richtete im Parteibüro eine kleine Bibliothek ein.

Zu den Genossen der SPD, die ebenfalls in Kaulsdorf eine Ortsgruppe bildeten, bekamen wir schnell Verbindung. Zwischen unseren Funktionären der KPD und den führenden Genossen der SPD-Ortsgruppe, Heßberg, Hohnstädter, Paul und Anne Wolter und anderen gab es bald eine herzliche Beziehung."

KURT SMETTAN:

„Unmittelbar nach dem 11. Juni wurde in einer Funktionärkonferenz eine neue Unterbezirksleitung der KPD gebildet. Unsere wichtigsten Aufgaben waren die

Unterstützung der Bildung von Parteiorganisationen in Betrieben und Wohngebieten, die politische Schulung der Funktionäre und Mitglieder sowie die Formierung aller Zellen und Ortsgruppen der KPD zu einer festen Lichtenberger Parteiorganisation.

Das hört sich heute einfach an, war aber in Wirklichkeit eine mühselige Arbeit. Die Mitglieder der Unterbezirksleitung waren am Abend bis in die späten Nachtstunden hinein unterwegs. Dort, wo sich die Kommunisten noch nicht zusammengefunden hatten, liefen sie treppauf und treppab und sammelten die Mitglieder. Sie halfen bei der Werbung neuer Genossen, bereiteten Gründungsversammlungen von Grundorganisationen vor. In den Mitgliederversammlungen der schon bestehenden und neugebildeten Organisationseinheiten der KPD erläuterten sie an Hand der Beschlüsse der Partei von Brüssel, Bern und des Aufrufs vom 11. Juni 1945 die Notwendigkeit und Methoden der breiten politischen Massenarbeit unter der Bevölkerung. Selbst viele Genossen, die während des Faschismus illegal gearbeitet hatten, kannten ja nicht den Wortlaut der Beschlüsse von Brüssel und Bern, was aber eine wichtige Voraussetzung für das Verständnis der Politik des Zentralkomitees zur Schaffung der Arbeitereinheit und der Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung war. In vielen Diskussionen wurden alle Genossen dafür gewonnen, in Gemeinsamkeit mit den SPD-Genossen um die politische Aktivierung der Menschen zu kämpfen.

Die Funktionäre der KPD in unserem Stadtbezirk traten zur selben Zeit in vielen Mitgliederversammlungen der SPD auf und sagten, daß es jetzt notwendig sei, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen, einheitlich zu kämpfen und gemeinsam ein Deutschland ohne Imperialisten, Militaristen und Junker aufzubauen.

Die Unterbezirksleitung widmete dem Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Organe der Selbstverwaltung viel Kraft. Die erfahrensten und bewußtesten Genossen, die uns bekannt waren, wie Paul Wolff, Karl Kowalke, Max Döbel, Willi Baunaschak, Erwin Hübenthal und andere wurden dafür eingesetzt. Denn wir hatten begriffen, der faschistische Staatsapparat mußte liquidiert und eine antifaschistisch-demokratische Macht unter der Führung der Arbeiterklasse geschaffen werden.

Durch die breite politische Arbeit, die von den Genossen der KPD geleistet wurde, erreichten wir ein schnelles Wachstum der Partei. Im August 1945 hatten wir in Lichtenberg 800 KPD-Mitglieder und zum Zeitpunkt des Vereinigungsparteitages waren wir über 5000."

MAX TRAUSELT:

„Im Juli 1945 betraute mich die Partei mit der Funktion des Schulungsleiters in der Unterbezirksleitung. Die Schulungsarbeit war besonders wichtig. Wir mußten uns einen starken Funktionärkörper aus bewährten alten und jüngeren Genossen schaffen. Die Funktionäre der Grundorganisationen mußten in die Lage versetzt werden, die Strategie und Taktik der Partei richtig zu erläutern und durchzusetzen.

Allein im Verlaufe des Monats August führten wir 8 Schulungsabende mit Funktionären aus den Betriebs- und Wohngebietszellen durch. Die Teilnehmerzahl betrug stets über 100 Genossen. Als Referenten traten vorwiegend Funktionäre der Unterbezirksleitung auf. In den Schulungsabenden wurde heiß diskutiert. Manche Veranstaltung, die für zwei Stunden geplant war, währte wegen der vielen Fragen vier oder fünf Stunden. Ich erinnere mich, daß u. a. die Frage, ob der Sozialismus oder die antifaschistisch-demokratische Ordnung auf der Tagesordnung stehe, heiß umstritten war. Anhand der Brüsseler Parteikonferenz (1935), der Berner Parteikonferenz (1939) und des Juni-Aufrufs des Zentralkomitees konnten wir erklären: In Deutschland sind noch nicht einmal die Ziele der bürgerlichen Revolution von 1848 und der Novemberrevolution von 1918 erreicht. Man kann nicht mit einem Sprung zum Sozialis-

aus kommen. Die Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist der nächste und erste Schritt. Sie gibt der Arbeiterklasse die Möglichkeit, sich zu einigen, ermöglicht die völlige Vernichtung des Nazismus und die Schaffung eines festen Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien. Die demokratische Ordnung ermöglicht den Antifaschisten, sich die notwendigen Erfahrungen in der Verwaltung und der Führung der Wirtschaft anzueignen. Sie ist die Grundlage zur Einigung der breiten werktätigen Schichten im Kampf um die konsequente Demokratie und hat die größte Massenbasis.

Heute ist für jeden sichtbar, daß diese Linie richtig war. Im Kampf um die antifaschistisch-demokratische Ordnung wuchsen die Kräfte heran, die später unter der Führung der Arbeiterklasse fähig waren, den Übergang zur sozialistischen Umgestaltung zu vollziehen."

Die Aktionseinheit

Am 19. Juni 1945 wurde in Berlin ein zentraler gemeinsamer „Arbeitsausschuß" der beiden Arbeiterparteien gebildet, dem je fünf Vertreter des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD angehörten. Dieser Ausschuß erließ eine Deklaration, in der folgende Aufgaben für die Aktionseinheit festgelegt wurden:

- *Die enge Zusammenarbeit beider Parteien zur Liquidierung der Überreste des Nazismus und zum Wiederaufbau des Landes;*
- *das gemeinsame Bemühen zur Bildung eines demokratischen Blocks mit den anderen antifaschistischen Parteien;*
- *die gemeinsame Vertretung der Interessen des schaffenden Volkes in Stadt und Land;*
- *die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen beider Parteien;*
- *die gemeinsame Beratung zur Klärung ideologischer Fragen.*

Den Organisationen beider Parteien in den Bezirken, Kreisen und Orten wurde empfohlen, „ebenfalls gemeinsame Arbeitsausschüsse zu schaffen und in gleicher Weise zusammenzuarbeiten."

KURT SMETTAN:

„Diese Empfehlung haben wir durchgeführt. Auf Grund getrennt gefaßter Beschlüsse der Unterbezirksleitung der KPD und des Kreisvorstandes der SPD bildeten Genosse Wilhelm Peters und ich einen Arbeitsausschuß der beiden Parteien. Im Ausschuß wurden alle gemeinsam zu lösenden Aufgaben, wie Maßnahmen der antifaschistischen Aufklärungsarbeit, Ingangsetzung wichtiger Versorgungsbetriebe, die politische Stärkung des Lichtenberger Bezirksamtes, vereinbart. Ein gemeinsam unterzeichneter Aufruf an die Lichtenberger Bevölkerung für Arbeitseinsätze zur Entladung von Lebensmitteln vom 30. Juli 1945 ist das erste Dokument dieser gemeinsamen Arbeit."

„Deutsche Volkszeitung", 1. 9. 1945

Bereits seit mehreren Wochen besteht auch in Lichtenberg ein Arbeitsausschuß aus Mitgliedern der KPD und SPD. Die Durchführung gemeinsamer Kundgebungen war der erste Schritt auf dem Wege der Zusammenarbeit. Gemeinsame Funktionärversammlungen über das Aktionsprogramm der KPD und die Durcharbeitung der Beschlüsse der Berliner Konferenz dienen der Vertiefung der Zusammenarbeit. Praktische Maßnahmen zur Erleichterung der Ernährungs-, Wohnungs- und Heizungsprobleme für die Bevölkerung sind durch gemeinsame Beschlüsse eingeleitet."

Die Potsdamer Konferenz

Am 2. August 1945 wurde die Potsdamer Konferenz beendet. Wenige Tage danach waren die Festlegungen der damaligen Alliierten für die Entwicklung Deutschlands in den Zeitungen zu lesen. Wir konnten mit Freude feststellen, daß die von der Kommunistischen Partei Deutschlands entwickelte Linie der Schaffung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands in Potsdam ihre Be-

SOFORT-PROGRAMM

des antifaſchiſtiſchen-demokratiſchen Arbeitsausſchuſſes

VERWALTUNGSBEZIRK LICHTENBERG

GETRAGEN von dem Bewußtsein, daß der kommende Winter für die gesamte Bevölkerung viele Schwierigkeiten mit sich bringen wird, und gewillt, den Kampf mit diesen Schwierigkeiten gemeinsam mit allen Einwohnern Lichtenbergs aufzunehmen, wurde auf Vorschlag der Kommunistischen Partei für den Verwaltungsbezirk Lichtenberg das folgende Sofort-Programm von den vier antifaschistischen-demokratischen Parteien angenommen

1. Transportmittelbeschaffung und Wiederherstellung von Transportwegen

Erhöhung der Betriebskapazität der **Primus-Traktorenwerke, Herzbergstr.,** durch Neueinstellung von Arbeitskräften (Spezialarbeiter) und Heranschaffung von Reparaturmaterial.

Ausbau der früheren Baufirma **Karl Stöhr, Friedrichsfelde-Ost,** durch Heranschaffung einiger benötigter Maschinen zu einer großen Fahrzeug-Reparaturwerkstätte.

Zusammenfassung der kleineren Fahrzeug-Reparaturwerkstätten zu einer Arbeitsgemeinschaft, die die Sicherung von Arbeitskräften und Material und die Feststellung des [illegible]

Steigerung der Produktionskapazität aller übrigen Betriebe dieses Gebietes. Bildung von Arbeitsgemeinschaften zur planmäßigen Produktionsregelung und Bergung des Materials aus ausgebombten Häusern. Schaffung zentraler Materialsammelplätze unter Leitung der Stadtverwaltung. Einschaltung der Jugendlichen bei der Einsammlung des Materials.

5. Bekleidungsindustrie

Einschaltung des Betriebes **BEHA, Möllendorffstraße,** für die Zivilproduktion durch Einlegen einer zweiten Schicht! Sicherung der Materialbeschaffung mit Hilfe zentraler Stellen und der Besatzungsbehörden.

Auf gleiche Art Einschaltung der **Schuhfabrik Schlegel.**

Versorgung unmittelbar benötigten Kleingewerbebetrieben und Ladengeschäften. Lieferung der benötigten Öfen durch die Industrie. Beschaffung der Einrichtungen durch Sammlungen und aus Nazibeständen. Ausstattung der Wärmehallen mit Zeitungen, Büchern und Radiogeräten.

9. Beschaffung und Instandsetzung von Wohnungen

Genaue Kontrolle der Belegung des vorhandenen Wohnraumes durch Haus- und Straßenobleute.

Feststellung aller mit geringen Mitteln wieder in Stand zu setzenden Wohnungen. Sofortige Aufnahme des Ausbaues in engster Zusammenarbeit zwischen Wohnungsamt, Bauamt

DIE 4 ANTIFASCHISTISCHEN-DEMOKRATISCHEN PARTEIEN

KPD	SPD	LDP	CdU
Peglow	Peters	Bahr	Wiemer

stätigung fand. Potsdam hatte uns Mut gegeben. Nicht zuletzt deshalb, weil die Ergebnisse ein Ausdruck der großen Autorität der Sowjetunion, der Friedenssehnsucht der Völker und der Veränderung der internationalen Lage zugunsten der Kräfte des Friedens und des Fortschritts waren.

PAUL WOLFF:

„Die Leitungen beider Arbeiterparteien in Lichtenberg waren sich darüber klar, daß diese Beschlüsse für die Zukunft Deutschlands außerordentliche Bedeutung hatten und beschlossen, die Potsdamer Konferenz in einer ersten gemeinsamen Beratung ihrer Spitzenfunktionäre zu behandeln. Mitte August trafen im Lokal gegenüber dem Lichtenberger Rathaus je 15 Genossen der KPD und SPD zusammen, um Festlegungen für ihre gemeinsame Arbeit auf der Grundlage der Beschlüsse der Alliierten zu treffen. Von der SPD referierte Genosse Bürgermeister Ernst Arndt, für die KPD sprach deren damaliger politischer Leiter, Genosse Kurt Smettan; eine ausführliche Diskussion schloß sich ihren Darlegungen an. Wenn auch die Auffassungen über viele Probleme noch auseinandergingen — über die Festlegung, daß niemals wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgehen dürfe und deshalb Faschismus und Militarismus ausgerottet werden müßten, herrschte völlige Einmütigkeit."

KURT SMETTAN:

„Unsere Hauptanstrengungen richteten wir auf die politische Überzeugung der Menschen, daß nur ein von der Arbeiterklasse geführtes friedliebendes Deutschland Zukunft und Bestand haben wird. Die im August stattgefundenen Beratungen der Großmächte in Potsdam ermöglichten, den Parolen ehemaliger Nazis, daß der Untergang des faschistischen Deutschlands mit dem Ende Deutschlands gleichzusetzen sei, wirksam entgegenzutreten. Immer wieder berieten wir im Arbeitsausschuß der KPD — SPD und in gemeinsamen Funktionärberatungen, daß wir den Menschen begreiflich machen müssen, die imperialistische deutsche Bourgeoisie hat jeden Anspruch auf die Führung der Nation verloren. Die Zukunft Deutschlands hängt von der friedlichen Arbeit des Volkes und von der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zu den Völkern Europas und ganz besonders zur Sowjetunion ab.

Wir riefen die Bevölkerung Lichtenbergs zu einer Antikriegskundgebung auf. 3000 folgten unserem Aufruf und nahmen an dieser Kundgebung am 1. September im Lichtenberger Stadtpark teil."

Durch die Beschlüsse der Konferenz von Potsdam wurde der Drang nach der Aktionseinheit verstärkt. Den klarsten Genossen war bewußt, daß die in Potsdam formulierten Ziele nur durch die Beseitigung der Wurzeln des imperialistischen Krieges, durch die von den antifaschistischen Volksmassen getragene [illegible] des Landes erreicht werden konnten. Die antifaschistische Einheitsfront der [illegible] von der Führung durch die einheitliche Arbeiterklasse ab.

In den Grundorganisationen der KPD und SPD verstärkte sich daher die Diskussion über das Wesen der künftigen Einheitspartei.

Aus dem Tagebuch
von ERWIN BEISLER: 15. 8. 1945

„Was soll das nun für eine Partei werden? Werden wir eine Kaderpartei oder werden wir eine Massenpartei sein? Ich denke, wie können wir eine Massenpartei aufbauen, wenn die Massen des deutschen Volkes durch die Nazis korrumpiert sind und völlig demoralisiert und ein großer Teil desorientiert ist. Deshalb sprach ich mich für eine Kaderpartei aus. Andere Genossen entgegneten mir: Nur eine Massenpartei kann aus diesem Massenelend herausführen.

Sie sagten: ‚Das antifaschistische Deutschland muß von den breiten Volksmassen getragen werden. Die breite Masse kann nur von einer starken marxistisch-leninistischen Partei geführt

Preis 20 Pf. — Berlin, Sonnabend, 4. August 1945

Deutsche Volkszeitung

Nummer [illegible] — Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands — 1. Jahrgang

Beschlüsse von historischer Bedeutung

Das Dokument der Berliner Konferenz

Die Periode des Krieges in Europa ist zu Ende - Die Periode des friedlichen Aufbaus hat begonnen - Das deutsche Volk muß sich im friedlichen demokratischen Aufbau bewähren!

werden.' Eine verzwickte Frage. Gestern haben wir in der Zelle vier Stunden gestritten. Heute will Genosse S. mit mir persönlich sprechen.

16. 8. 1945
Das Gespräch mit dem Kreissekretär hat meine Position ganz schön erschüttert. Er meint, ich sei mit meiner Auffassung über die Rolle der Partei im Jahre 1925 stehen geblieben. Und dann: Ob ich will, daß die Partei ein kleines Häuflein sei. Wenn wir zu den Massen Verbindung haben wollen, müssen wir nicht nur ideologisch, sondern auch zahlenmäßig so stark sein, daß wir uns mit der Masse fest verbinden können.

21. 8. 1945
Die Frage hat mir keine Ruhe gelassen. Paul W. hat mir ein Exemplar der Beschlüsse des 7. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale geborgt (1935). Es heißt da, daß die Interessen des Klassenkampfes des Proletariats gebieterisch die Schaffung einheitlicher politischer Massenparteien erfordern. Auch in den Beschlüssen von Brüssel und Bern gibt es ähnliche Hinweise. Langsam wird mir die Sache klar."

PAUL WOLFF:

„Zurückdenkend an die Zeit der Vorbereitung der Gründung der SED erinnere ich mich vor allem vieler ideologischer Auseinandersetzungen. Es mußte geklärt werden, daß die Einheitspartei der revolutionären Arbeiterbewegung nur auf der Grundlage des revolutionären Marxismus geschaffen werden konnte. Die Situation war sehr kompliziert. In den Köpfen mancher Genossen wuchsen Kraut und Rüben durcheinander. In der KPD gab es neben den Genossen, die für die gute Vorbereitung der Einheit waren, auch solche, die sich sofort vereinigen wollten. Auch in der SPD gab es solche Genossen. Aber was wäre dabei herausgekommen? Keine Partei, sondern eine Organisation ohne Linie, in der ein Sammelsurium von Ansichten geherrscht hätte.
Auch gab es in der KPD einige Sektierer. Es waren nicht viele, aber sie waren da und wollten zunächst mit der SPD nichts zu tun haben. Sie setzten die Masse der ehrlichen SPD-Genossen mit den „Rechten" in der Sozialdemokratie gleich, die an der Sache der Arbeiterklasse Verrat geübt hatten.
In der SPD gab es ebenfalls einige Leute, die aus der Geschichte nichts gelernt hatten, oder die nichts lernen wollten und die gegen die Einheit waren.
Tatsache ist jedenfalls, daß wir in den Tagen und Wochen nach dem 11. 6. 1945 Abend für Abend und manchmal auch nachts diskutiert und um Klarheit gerungen haben. Das Ergebnis dieser wochenlangen Diskussionen war schließlich, daß sich alle Mitglieder der KPD und bis auf wenige Ausnahmen alle Mitglieder der SPD für die Bildung einer marxistischen Einheitspartei einsetzten."



Redner der Berliner Einheitskundgebung, Juli 1945

Der Aktionsausschuß der antifaschistisch-demokratischen Parteien

Eine bewegte Zeit war das damals. Oft galt es, mehrere wichtige und umfangreiche politische Aufgaben zur gleichen Zeit zu lösen, miteinander zu verbinden. Anfang Juli wurden zwei bürgerliche Parteien, die Christlich-Demokratische Union Deutschlands und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands gegründet. Getreu seiner Linie ergriff das Zentralkomitee der KPD sofort die Initiative zur Bildung des Blocks der demokratischen Parteien.

Am 15. Juli wurde das Gründungsdokument in der Presse veröffentlicht, in dem u. a. gesagt wurde, daß „... unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien" beschlossen sei. Damit war für die politische Neugestaltung, für die Demokratisierung Deutschlands, eine breite Basis geschaffen.

In Lichtenberg ergriffen wir daraufhin durch den Arbeitsausschuß der KPD - SPD ebenfalls die Initiative und bildeten einen ‚Aktionsausschuß der antifaschistischen demokratischen Parteien'. Das geschah am 25. 8. 1945.

HEIN PEGLOW:

„Mitglieder des Lichtenberger Aktionsausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien waren:

KPD: Smettan, Peglow, Trauselt, Höding, Kowalke.

SPD: Peters, Zimmermann, Wolter, Ring, Evenius.

CDU: Wiemer, Niessen, Meyer, Lange, Weber.

LDPD: Bahr, Krüger, Linde, Vanselow, Krakau.

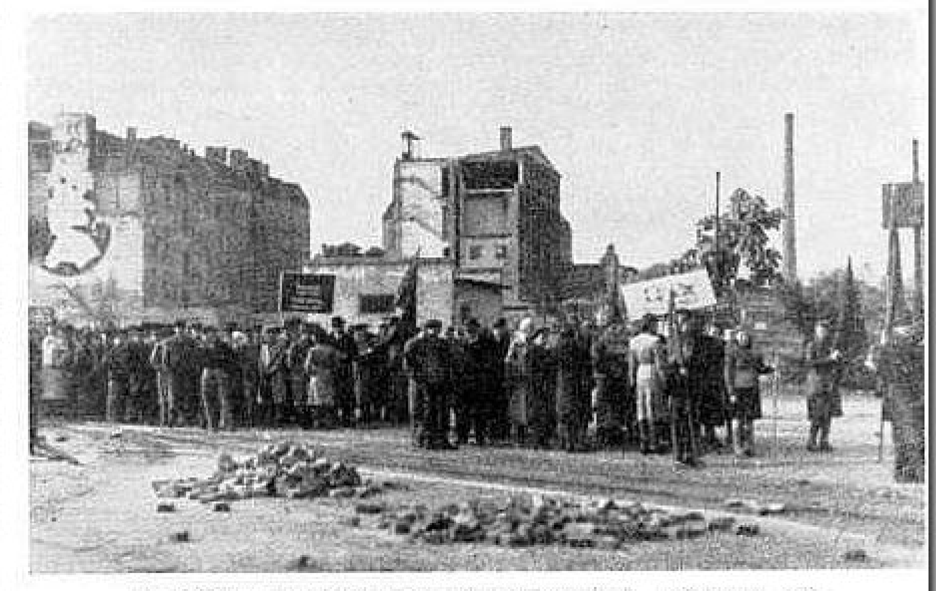
Durch den Aktionsausschuß entwickelte sich die Zusammenarbeit der vier Parteien auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage. Diese Gemeinsamkeit führte dazu, daß zahlreiche Menschen aus dem Bürgertum und den kleinbürgerlichen Schichten in den antifaschistischen Aufbau einbezogen wurden. Eine Reihe bürgerlicher Hitlergegner begann zu erkennen, daß die Arbeiterklasse die Führung bei der vollständigen Überwindung von Imperialismus und Militarismus haben muß. Das war sehr bedeutsam. Einige Unternehmer waren anfangs nicht gewillt, die Maßnahmen unserer Genossen im Lichtenberger Bezirksamt anzuerkennen. Sie glaubten, daß nur ‚Höhergestellte' die Verwaltung leiten konnten. Durch die vom Aktionsausschuß durchgeführten Zusammenkünfte mit bürgerlichen Menschen erkannten diese mehr und mehr, daß die Funktionäre der Arbeiterparteien eine klare politische Position hatten und allen Schichten, die für den Frieden waren, eine neue Perspektive zeigten. Dadurch entwickelte sich die Autorität der Arbeiterklasse. Im gleichen Maße wuchs die Bereitschaft der Handwerker, Gewerbetreibende und Unternehmer, ihrer Tätigkeit nicht nur persönliche Motive zugrunde zu legen, sondern die Versorgung der Bevölkerung, die Schaffung einer wirtschaftschaftlichen Basis der neuen Ordnung zu unterstützen.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen antifaschistischen Parteien war die Entwicklung des antifaschistisch-demokratischen Denkens bei vielen Menschen, die nicht zur Arbeiterklasse gehörten.

Ich glaube, daß damals wertvolle Grundlagen für die später erreichte politisch-moralische Einheit des Volkes beim Aufbau der sozialistischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik geschaffen wurde."

REINHARD WIEMER:

„Als im August 1945 in Berlin-Lichtenberg der Aktionsausschuß der antifaschistisch-demokratischen Parteien gebildet wurde, hatte ich die Ehre, meine Partei, die CDU, in ihm zu vertreten. Ich machte das gern, weil ich meinte, daß wir nur durch die Tat und Zusammenarbeit das furchtbare Erbe des Hitlerfaschismus überwinden konnten.



Ein Stellplatz zur Lichtenberger Antikriegskundgebung, 1. September 1945

Im Aktionsausschuß waren je fünf Funktionäre aller damals bestehenden Parteien, der KPD, SPD, CDU und LDPD vertreten. Der Ausschuß sah seine erste Aufgabe darin, eine enge Verbindung zwischen der neugebildeten antifaschistischen Bezirksverwaltung und der Bevölkerung herzustellen.

In meiner Erinnerung befinden sich viele gelöste Aufgaben und die Tatsache, daß wir im Ausschuß fast ausschließlich zu voller Übereinstimmung gelangten und dann zu den behandelten Problemen Beschlüsse fassen konnten. Einer der ersten war, einem Antrage der KPD entsprechend, den Besitz des ehemaligen Treskow'schen Gutes in Friedrichsfelde zu enteignen, ihn in den Besitz der Stadt Berlin zu überführen und die Ländereien der Bevölkerung zur Bestellung zur Verfügung zu stellen.

Sicher war es nicht immer einfach für mich als Mitglied einer damals noch bürgerlichen Partei, den revolutionären Vorschlägen der beiden Arbeiterparteien zu folgen. Gingen auch die Ansichten über die Methoden des politischen und wirtschaftlichen Aufbaus manchmal stark auseinander, der Wille zum gemeinsamen Handeln, der Wille zum Aufbau eines Staatswesens, das die Wiederholung der kriegerischen Abenteuer des deutschen Imperialismus ausschloß, war die entscheidende Triebkraft des Handelns.

Heute kann ich sagen, daß ich einen großen Teil der Entwicklung meiner politischen Anschauungen und meines Handelns für die Sache des Friedens und des Sozialismus der Unterstützung und Hilfe der erfahrenen Funktionäre der Arbeiterklasse verdanke.

Die Zusammenarbeit im Aktionsausschuß war besonders deshalb sehr wirksam, weil alle vier Parteien aufgrund der einheitlichen Absprache in Grundfragen des antifaschistischen Kampfes dem gleichen Ziele zustrebten. So wurde eine einheitliche antifaschistische Aufklärungsarbeit unter den verschiedensten Schichten der Bevölkerung Wirklichkeit.

Für mich war auch von Bedeutung, daß ich durch die Arbeit im Aktionsausschuß Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht kennenlernte. Der persönliche Kontakt zu den sowjetischen Offizieren der Kommandantur, besonders zum Gardeoberst Moskalenkow, die immer als Freunde und Helfer auftraten, hinterließ bei mir einen tiefen Eindruck und festigte meine positive Stellung zur Sowjetunion.

Inzwischen sind 20 Jahre vergangen. Aus dem damaligen Aktionsausschuß entwickelte sich der Demokratische Block, der heute die Gemeinsamkeit des Volkes beim sozialistischen Aufbau verkörpert. Durch die im April 1946 vollzogene Vereinigung der beiden Arbeiterparteien entstand die Kraft, die fähig war, die breitesten Volksmassen zusammenzuschließen und in eine Gesellschaftsordnung zu führen, in der der Frieden oberstes Gesetz ist. Unter Führung der SED wurde unsere Republik geschaffen, die für alle da ist und die alle braucht."

WILHELM PETERS:

„Ein bedeutender Erfolg der gemeinsamen Arbeit der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien war die Ausarbeitung des Sofortprogramms des antifaschistisch-demokratischen Arbeitsausschusses.

Die gesamte Bevölkerung war dazu aufgerufen, den Kampf zur Überwindung der von den Faschisten hinterlassenen Not aufzunehmen. Im Programm waren u. a. Maßnahmen zur Ingangsetzung von Betrieben, zur Beschaffung und Instandsetzung von Wohnungen und für die Aufnahme des Schulunterrichts vorgesehen.

Die Durchführung dieses Programms stellte an alle Mitglieder des Aktionsausschusses hohe Anforderungen. Es galt, breite Kreise der Bevölkerung von der Richtigkeit des Programms zu überzeugen, sie zur aktiven Mitarbeit zu gewinnen.

Das war kein organisatorisches Problem. Es war zu klären, daß nur durch fleißige und friedliche Arbeit das Leben schöner und lebenswert werden kann."

PAUL HANDELMANN:

„Die Zusammenarbeit der Lichtenberger Kreisvorstände der vier demokratischen Parteien im Aktionsausschuß fand in den Stadtbezirken ihre Fortsetzung.

So führten die Friedrichsfelder Organisationen der vier Parteien im Oktober eine gemeinsame öffentliche Versammlung durch. Sie fand in der Gaststätte ‚Goldener Pflug' zum Thema ‚Der antifaschistisch-demokratische Block' statt. Das war der Ausgangspunkt für eine breite und gemeinsame Arbeit mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften in unserem Ortsteil."

Die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Selbstverwaltung

PAUL WOLFF:

„Im Juni-Aufruf des Zentralkomitees der KPD wurden unter anderem die vollständige Liquidierung des Hitlerregimes, die restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten sowie die Schaffung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane als unmittelbare Aufgaben bezeichnet.

Die Partei erteilte mir den Auftrag, zusammen mit anderen Genossen die antifaschistisch-demokratische Selbstverwaltung in unserem Stadtbezirk aufzubauen. Diese Arbeit übernahm ich in dem Bewußtsein und in Erfüllung des Schwurs, den wir in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern geleistet hatten, einen Staat unter der Führung der Arbeiterklasse aufzubauen. Die Schaffung dieser Selbstverwaltungsorgane war der erste Schritt dazu. In unserem Verwaltungsbezirk gehörten dazu das Bezirksamt, die Bürgermeistereien in zehn Stadtbezirken (der Verwaltungsbezirk Lichtenberg gliederte sich damals in zehn Stadtbezirke) und im weiteren Sinne die Straßen- und Hausobleute als ehrenamtliche Helfer.

Der Aufbau der neuen Verwaltung begann unmittelbar nach dem Einmarsch der Sowjetarmee. Mit der Schaffung der Selbstverwaltungsorgane begann die Sammlung der antifaschistisch-demokratischen Kräfte.

Im Juni war nun der Zustand erreicht, daß im Bezirksamt, neben bewährten Antifaschisten, eine Reihe früherer Beamter arbeitete, die keine Nazis waren. Wir setzten das Prinzip durch, daß auf den führenden Funktionen nur solche Männer und Frauen stehen dürfen, die sich im Kampf gegen das Hitlersystem bewährt oder ihre antifaschistische Gesinnung unter Beweis gestellt haben. Nur solche Menschen konnten die Kraft finden, den Weg aus der Katastrophe zu bahnen.

Im Dezember 1945 waren die entscheidenden Funktionen im Bezirksamt (Bürgermeister und Bezirksräte) wie folgt besetzt:

5 Mitglieder der KPD
4 Mitglieder der SPD
2 Mitglieder der CDU
1 Mitglied der LDPD
1 parteiloser Bürger.

Die Unterbezirksleitung der KPD orientierte auf die antifaschistische Schulung aller Verwaltungsangestellten. Das war notwendig, weil wir die Mitarbeiter befähigen mußten, bei der Vernichtung des Faschismus und seiner ideologischen Grundlagen mitzuhelfen und den Menschen die Notwendigkeit unserer Maßnahmen zu erläutern.

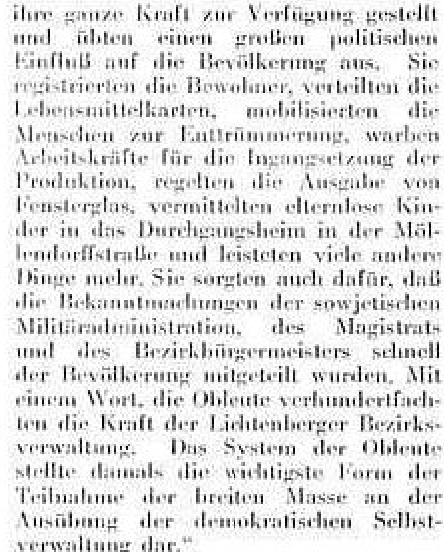
Man muß vermerken, daß die Entwicklung der neuen Selbstverwaltung ein Prozeß war. Die Menschen wuchsen bei der Lösung der Aufgaben. Zurückblickend kann ich heute sagen, daß die Genossen der KPD und SPD auf Grund ihres Klassenstandpunktes sehr schnell begriffen hatten, in der neuen Verwaltung zu arbeiten heißt — die Menschen zu erziehen.

Auch die Säuberung der Verwaltung war ein Prozeß. Gestützt auf Hinweise der Bevölkerung war es möglich, vereinzelte ehemalige Nazis, die sich in die

Verwaltung eingeschlichen hatten, zu entlarven und zu entfernen. So wurde das Finanz- und Steuerwesen zunächst von einem gewissen Lewaldt geleitet. Er verstand es mehrere Monate lang, seine antidemokratische Haltung und Vergangenheit zu tarnen. Aber er wurde entlarvt. Später verschwand er nach Westdeutschland, wo schon damals für seinesgleichen auf Grund der zwiespältigen Haltung der imperialistischen Besatzungsmächte der Weizen wieder zu blühen begann."

MAX TRAUSELT:

„Der Aufbau der neuen Ordnung war mit ein Verdienst der Straßen- und Hausobleute. Sie haben als Antifaschisten



ihre ganze Kraft zur Verfügung gestellt und übten einen großen politischen Einfluß auf die Bevölkerung aus. Sie registrierten die Bewohner, verteilten die Lebensmittelkarten, mobilisierten die Menschen zur Enttrümmerung, warben Arbeitskräfte für die Ingangsetzung der Produktion, regelten die Ausgabe von Fensterglas, vermittelten elternlose Kinder in das Durchgangsheim in der Möllendorffstraße und leisteten viele andere Dinge mehr. Sie sorgten auch dafür, daß die Bekanntmachungen der sowjetischen Militäradministration, des Magistrats und des Bezirkbürgermeisters schnell der Bevölkerung mitgeteilt wurden. Mit einem Wort, die Obleute verhundertfachten die Kraft der Lichtenberger Bezirksverwaltung. Das System der Obleute stellte damals die wichtigste Form der Teilnahme der breiten Masse an der Ausübung der demokratischen Selbstverwaltung dar."

Der Kampf der beiden Arbeiterparteien, des antifaschistischen Aktionsausschusses und der Bezirksverwaltung erhielt durch die Ausarbeitung des bereits vom Genossen Wilhelm Peters erwähnten Sofortprogramms im Monat September eine einheitliche Grundlage. Es war auf die Mobilisierung der breitesten Schichten unseres Stadtbezirks für die Schaf-

Es wird enttrümmert



fung der antifaschistischen Ordnung und die Ingangsetzung der Produktion und des Lebens auf allen Gebieten gerichtet. Es war ein Ausdruck des sich damals im allgemeinen in der sowjetischen Besatzungszone vollziehenden Übergangs von der Improvisation zur Schaffung normaler Verhältnisse.

So waren im Lichtenberger Sofortprogramm folgende Probleme enthalten:

1. Transportmittelbeschaffung und Wiederherstellung von Transportwegen;
2. Arbeit der Ernährungsbetriebe;
3. Produktion und Erfassung von Baumaterial;
4. Herstellung von Haus- und Küchengeräten;
5. Bekleidungsindustrie;
6. Produktion verschiedener lebenswichtiger Betriebe;
7. Sicherung der Ernährung;
8. Beschaffung von Brennmaterialien;
9. Beschaffung und Instandsetzung von Wohnungen;
10. Verstärkung der gesundheitlichen Betreuung;
11. kulturelle Betreuung der Bevölkerung.

Der Kern des Programms war die weitere Ingangsetzung der Betriebe, vor allem der Betriebe, die für die Versorgung der Bevölkerung notwendig waren.

Genosse Walter Ulbricht hat diese Arbeit in einer Rede auf der Groß-Berliner Funktionärkonferenz am 12. Oktober 1945 gutgeheißen:

„Die Genossen von Lichtenberg haben in ihrem Sofortprogramm gesagt, welche Betriebe für die Autoreparatur ingangggebracht werden müssen. Das ist eine wichtige Frage, weil der Transport gegenwärtig der Engpaß in der Wirtschaft ist. In dem Vorschlage von Lichtenberg wird richtig gesagt ..., wo die Lokomotivschuppen in Ordnung zu bringen sind, welche Betriebe eiserne Öfen herstellen sollen, usw."

GEORG NOACK:

„Im Juli wurde ich mit der Leitung des Arbeitsamtes in Lichtenberg betraut. Dieses Amt hatte die Aufgabe, Arbeitskräfte für die ingangesetzten und noch ingangzusetzenden Betriebe sowie für die Trümmer- und Schuttbeseitigung zu gewinnen.

Die Mobilisierung der notwendigen Arbeitskräfte erforderte viele organisatorische Maßnahmen, z. B. die Schaffung einer Registratur und die Einstufung der Arbeiter in die Versorgungskategorien. Entscheidend aber war die Entwicklung des Willens, durch ernste Arbeit die Errichtung einer neuen Ordnung zu garantieren und zugleich einen Beitrag zur Wiedergutmachung der Schuld, die das deutsche Volk durch die Duldung der Hitlerverbrechen auf sich geladen hatte, zu leisten.

Während sich im Juli 1945 21 869 Frauen und Männer zur Arbeit gemeldet haben, waren es im September bereits 68 834 und bis zum Februar 1946 stieg diese Zahl auf 95 368 an."

AUS DEM PROTOKOLL einer Beratung des Bezirksamtes mit Vertretern von Industrie, Handwerk und Handel vom 23. 9. 1945.

„Bezirksrat für Wirtschaft:

‚... Aus den Trümmern, die uns der Hitlerfaschismus hinterließ, ist durch den selbstlosen Einsatz vieler Bürger unseres Stadtbezirks ein neuer Anfang in der Produktion erreicht worden. 165 Betriebe produzieren bereits wieder. Allerdings sind es meist kleinere.

Ich nenne einige Produkte, die fabriziert werden:

Kochtöpfe	Sauerkohl
Handwagen	Kunsthonig
Matratzen	Kraftfutter
Drahtzäune	div. Reparaturen
Schraubenzieher	Reparatur von
Durchschläge	Werkzeugmaschinen
chirurg. Spritzen	Autoreparaturen
Knöpfe	Werkzeuge für Holz-
Konservendosen	bearbeitung
Mörtelplatten	Bauschrauben
Wellpappkartons	Bleirohre
Dachziegel	Kohlenanzünder
Härteöfen	Flaschenkapseln
Soda, Seife	Mineralwasser
Kohlensäure	Bettstellen.

Von den größeren Betrieben arbeiten wie bekannt: Das Kraftwerk Klingenberg, die Gasanstalt, der Betrieb BEHA (heute VEB Herrenbekleidung ‚Fortschritt'), der Betrieb Stahlbau, die Gießereimaschinenfabrik Hartung und Jachmann (heute VEB GMB) in der Herzbergstraße und einige andere. In den anderen Großbetrieben sind Vorbereitungen zur Produktionsaufnahme im Gange ...'

Es spricht als Vertreter der sowjetischen Kommandantur, Genosse Oberstleutnant Murawjew:

‚Nachdem die rationierte Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln — entsprechend den jetzigen Bedingungen — durch die Sowjetarmee und mit Hilfe deutscher Antifaschisten geregelt ist, steht die Aufgabe, eine gewisse Bereitstellung von Gebrauchsartikeln zu gewährleisten. Die Organe der sowjetischen Militäradministration werden auch dabei helfen, aber es hängt vor allem von Ihnen selbst ab.

Der Transport ist ein wichtiger Faktor zum Heranbringen der Rohstoffe. Es ist gestattet, Autos in Betrieb zu nehmen, natürlich mit Holzgasgenerator. Dann besteht die Möglichkeit, mit der Eisenbahn Rohstoffe heranzuschaffen. Sie können frei und ungehindert per Bahn oder per Auto durch die sowjetische Okkupationszone reisen.'

Oberstleutnant Murawjew führte weiter aus, daß die sowjetische Besatzungsmacht bestrebt sei, die Entwicklung der friedlichen Produktion und der Demokratisierung des Landes in jeder Weise zu fördern. Die Kommandantur sei erfreut, verschiedene Nachrichten erhalten zu haben, die zeigen, daß ein neuer Geist in die Betriebe einzieht. So sei bekannt, daß die Arbeiter in Versammlungen zusammenkommen, demokratische Gewerkschaftsorganisationen bilden und in vielen Fällen selbst die alten nazisti-

Die sowjetischen Freunde haben Kartoffeln geliefert



-schen Betriebsführer und -besitzer entfernt haben. Auch sei die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der beiden Arbeiterparteien sehr zu begrüßen. Das diene der fortschrittlichen Umgestaltung der Verhältnisse im Lande. Dann sagte Genosse Murawjew: Unternehmen Sie alles. Lassen Sie die Produktion schneller in vollen Gang kommen."

Die Aktionseinheit der Arbeiterparteien im Kampf um die einheitlichen freien Gewerkschaften

In der Zeit der faschistischen Herrschaft wurden die Arbeiter geknechtet. Die Betriebe glichen Kasernenhöfen. Die kapitalistischen Unternehmer bzw. die Generaldirektoren der Mammutkonzerne waren die „Betriebsführer" und die Belegschaften „Befehlsempfänger".

Die Aufgabe der beiden Arbeiterparteien bestand deshalb darin, in der Arbeiterklasse ein neues Klassenbewußtsein zu entwickeln und durch die Bildung neuer freier Gewerkschaften die Arbeiterklasse zusammenzuschließen, sie zu befähigen, ihre führende Rolle zu erfüllen.

Die Betriebsarbeit der KPD

HEIN PEGLOW:

„Die Unterbezirksleitung Lichtenberg der KPD widmete der Betriebsarbeit gemäß den Beschlüssen des Zentralkomitees einen großen Teil ihrer Kraft. Wir sammelten die Genossen in den Betrieben und bildeten Betriebszellen, um zielgerichtet die politische Arbeit zu entwickeln. Als erstes mußte erreicht werden, daß sich die Arbeiter in den Industriebetrieben ihrer Kraft besannen, ihre führende Rolle beim Aufbau der neuen Ordnung erkannten und das Mitbestimmungsrecht durchsetzten. Somit war der Aufbau der betrieblichen einheitlichen Gewerkschaftsorganisation die Hauptaufgabe der neuen Betriebszellen.

Bis zum Oktober hatten wir in 31 wichtigen Betrieben Zellen der KPD gebildet. In diesen Betrieben waren immerhin

8000 Menschen beschäftigt. Allein im Betrieb „BEHA' arbeiteten rund 900 Kollegen.

Um die ständige Verbindung der Unterbezirksleitung zu den Zellen in den Betrieben zu sichern, setzte die Unterbezirksleitung für jede Betriebszelle einen ehrenamtlichen Instrukteur ein. Auch der Kreisvorstand der SPD hat in einer Reihe Betriebe Organisationseinheiten geschaffen. Dort, wo Grundorganisationen beider Parteien bestanden, entwickelte sich die Aktionseinheit, die sich im Kampf um die Schaffung der neuen Gewerkschaften festigte und entwikkelte."

Aus einem Bericht über die Betriebsversammlung in der Firma Stahlbau, Herzbergstraße, vom 7. Juli 1945:

„Die Betriebszelle der KPD hat in Zusammenarbeit mit dem Betriebsausschuß der Arbeiter am 7. Juli eine Belegschaftsversammlung durchgeführt. Von 165 Belegschaftsangehörigen nahmen 120 teil.

Genosse Trauselt von der Unterbezirksleitung sprach über das Aktionsprogramm der KPD und die Notwendigkeit der antifaschistischen Einheit. In der Aussprache kam der Wille zum Ausdruck, den Betrieb auf antifaschistischer Grundlage leistungsfähig zu gestalten. Die ehemalige Nazibetriebsleitung ist bereits abgesetzt. Die Betriebsführung liegt jetzt in den Händen der Arbeiter und Angestellten. Der Betrieb arbeitet für die Stadt Berlin beim Wiederaufbau von Brücken, der U-Bahn und ähnlichen Objekten. Die neue Leitung des Betriebes berichtete, daß bereits an mehreren Stellen Behelfsbrücken errichtet wurden. Auch an der Jannowitzbrücke wird gearbeitet.

Die Versammlungsteilnehmer beschlossen nach der Diskussion die Bildung einer Gewerkschaftsorganisation. Der Betriebsausschuß soll die Wahl der Obleute und einer Gewerkschaftsleitung vorbereiten."

Die Betriebszelle der KPD in Stahlbau, der 18 Genossen angehörten, war damals politisch sehr aktiv und verstand es, die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechts im eigenen Betrieb mit der Entwicklung des Verantwortungsbewußtseins der Arbeiter für die generelle antifaschistische Umgestaltung der Wirtschaft als Grundlage der neuen Ordnung zu verbinden.

Aus der „Deutschen Volkszeitung" vom 5. Dezember 1945:

„... Von der Belegschaftsversammlung der Firma Stahlbau geht uns eine Resolution zu, in der mit allem Nachdruck verlangt wird: ‚Unsere Fabrik steht auf dem Gelände der Junkerfamilie Roeder. Diese Krautjunker haben seit langen Jahrzehnten ihren Boden parzelliert und an Kleingärtner verpachtet: dadurch verschafften sie sich ein arbeitsloses Einkommen. Wir sind der Meinung, daß der Roedersche Landbesitz zu enteignen und aufzuteilen ist, bzw. daß die Parzellen in das Eigentum derjenigen übergeführt werden, die das Land bewirtschaften ...'"

„Deutsche Volkszeitung" vom 23. November 1945:

„Betriebsarbeiterinnen-Kundgebung der KPD-Betriebsgruppe BEHA.

Eine eindrucksvolle Betriebsarbeiterinnen-Kundgebung veranstaltete die KPD-Betriebsgruppe des Bekleidungsbetriebes BEHA in Lichtenberg, in dem über 800 Frauen beschäftigt sind. Auf Einladung der Betriebsgruppe nahmen Frauendelegationen vom Güterbahnhof Lichtenberg, von der Bezirksverwaltung, vom Notkrankenhaus, des Metallbetriebes Hartung und Jachmann, von der Häuteverwertung, vom Straßenbahnhof Lichtenberg, von der Arbeitsgemeinschaft Berliner Wellpappen an dieser im Rahmen einer öffentlichen Betriebsversammlung durchgeführten Kundgebung teil.

Bericht von der Betriebszellensitzung der KPD des Betriebes Knorrbremse (heute VEB Berliner Bremsenwerk) am 11. Juli 1945:

„... Genosse Trauselt sprach über die politische Lage und das Aktionsprogramm der KPD. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Schlosser, Strahtmann, Bäcker und Winzer, denen die völlige Säuberung der Betriebsleitung und -verwaltung von Personen, die für den Sieg Hitlers eingetreten wa-

ren, am Herzen lag. Es wurde beschlossen, diese Leute, die heute so tun, als waren sie schon immer gegen Hitler, vor der Belegschaft öffentlich zu entlarven und dann aus ihren Funktionen rauszuschmeißen.

Nachdem alles besprochen war, wurde eine Zellenleitung eingesetzt. Es soll eine Betriebsversammlung vorbereitet werden, in der den 700 Kollegen die Notwendigkeit der Zerschlagung der imperialistischen Konzerne erklärt werden soll."

Die Freien Deutschen Gewerkschaften entstehen

Beim praktischen Aufbau des FDGB bewährte sich die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten. Zugleich hatte die Gründung der Freien Gewerkschaften für die Herstellung der Einheit der Arbeiterparteien große Bedeutung. Beim Aufbau der Gewerkschaften galt es, die Lehren aus der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse im Jahre 1933 zu ziehen.

> *„Nicht zuletzt hatte der Faschismus in Deutschland sein Haupt erheben können, weil die Gewerkschaften in mehr als 130 Gruppen und Grüppchen zersplittert und vom Opportunismus zerfressen waren." (Walter Ulbricht: ‚Zur Geschichte der neuesten Zeit'.)*

ERNST GLATZER:

„Die Konstituierung des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin erfolgte am 14. Juni 1945.
Am 17. Juni 1945 fand eine Funktionärversammlung statt. Über 500 Gewerkschafter beschlossen einen Gründungsaufruf.

In ihm waren vor allem folgende Aufgaben enthalten:

1. Die politische Säuberung der Verwaltungen und Betriebe.
2. Einsatz aller Kräfte zur Versorgung der Bevölkerung und zum schnellen Aufbau der wichtigsten Betriebe.
3. Gewerkschaftsvertretungen der Arbeiter und Angestellten, Mitarbeit beim Wiederaufbau der Wirtschaft, Sicherung des demokratischen Mitbestimmungsrechtes.
4. Erziehung der Arbeiterklasse im Geiste des demokratischen Fortschritts und zur Erkenntnis der sozialen Lage.

Die Gründung der neuen freien Gewerkschaften erfolgte im Kampf um die Überwindung der faschistischen und anderen reaktionären Ideologien, die auf Grund der zwölfjährigen Naziherrschaft in vielen Köpfen vorhanden waren. Wir mußten uns aber auch abgrenzen gegenüber jenen Gewerkschaftspolitikern, die am 1. Mai 1933 vor dem Faschismus kapitulierten. Denn in den neuen Gewerkschaften war kein Platz für Nachgiebigkeit gegenüber imperialistischen Kräften. Im Gegenteil. Unter der Führung der zu schaffenden einheitlichen Partei der Arbeiterklasse mußten wir die Gewerkschaften zu einer politischen Kampforganisation entwickeln, die mithelfen konnte, die Entmachtung der Träger des deutschen Imperialismus zu vollenden.

Bei den offiziellen Wahlen der Vertrauensleute in den Betrieben und für die Vorstände der örtlichen Gewerkschaftsorganisationen wurde in unserem Verwaltungsbezirk diese Frage im Prinzip entschieden. In der Mehrzahl wurden Kollegen gewählt, die für die politische Betätigung der Gewerkschaft als Klassenorganisation waren. Einige ehemalige rechte ADGB-Funktionäre gaben aber auch in Lichtenberg keine Ruhe. Immer wieder eröffneten sie die Diskussion. Sie wollten oder konnten die klare Linie der kommunistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre — ein Betrieb eine Gewerkschaft — nicht begreifen.

Wir wußten aber aus den Erfahrungen von vor 1933, welch schädliche Auswirkungen es hat, wenn durch das Prinzip der Fachverbände in einem Betrieb die Kollegen in den verschiedensten Gewerkschaften organisiert waren.

In zwei Funktionär-Konferenzen, die im Herbst 1945 stattfanden, und in denen auch Bernhard Göring und Roman Chwalek auftraten, entschied sich die



Masse der Funktionäre gegen die Berufsverbände, für einheitliche Industriezweiggewerkschaften.

Die endgültige Entscheidung traf die Masse der Mitglieder in den betrieblichen Gruppen und in örtlichen Zusammenkünften, die sich ebenfalls für das Prinzip der Industrieverbände entschieden."

Aus einem Protokoll der Belegschaftsvollversammlung der Firma BEHA vom 2. 11. 1945:

„Stendel: Ich meine, im Betrieb müßten alle hundertprozentig in der Gewerkschaft organisiert sein. Nur organisiert sind wir stark genug, um im Betrieb und im ganzen Land Ordnung zu schaffen. Ich beantrage zu beschließen: Alle treten in den Bekleidungsarbeiterverband ein. Abstimmung: Eintritt in den Bekleidungsarbeiterverband angenommen.
Gramm: Sie kennen fast alle den Genossen Herrmann Wenzel. Wenzel ist bei der Organisation unseres Betriebes tätig gewesen. Aber durch elfeinhalb Jahre Haft ist er jetzt nicht mehr arbeitsfähig. Der Betrieb zahlt ihm monatlich 100 RM. Ich meine, das ist zu wenig. Die Opfer des Faschismus verdienen es, daß sie von uns unterstützt werden. Sie haben ja für uns gekämpft. Wir sollten ihnen das danken. Ich frage Sie nun, ob Sie bereit sind, außer den 100 RM, die der Betrieb zahlt, auch denselben Teil monatlich durch Sammlung zu übernehmen? Abstimmung: Alle sind dafür außer einer Stimme."

Die „Deutsche Volkszeitung" vom 5. 12. 1945 berichtet, daß die Gewerkschaftsorganisationen in verschiedenen Lichtenberger Betrieben neben den betrieblichen Belangen großen Anteil an der demokratischen Umgestaltung und an der Durchsetzung der Forderungen des Programms vom 11. Juni 1945 nahmen.

„Die Belegschaft der Firma Büchner (heute VEB Lufttechnische Anlagen), Lichtenberg, begrüßt die Durchführung der Bodenreform ... Sie fordert Entmachtung der Kriegstreiber durch Kommunalisierung der Truste und der Konzerne, entschädigungsfreie Enteignung der früheren Nazis in der Industrie und ihrer restlosen Entfernung aus den Betrieben ...

Die Belegschaft der Güterabfertigung Lichtenberg beschäftigte sich in einer Betriebsversammlung mit der Frage der Bodenreform. Aus ihrer Resolution:

... Unserer Meinung nach ist es unbedingt notwendig, daß der in unserem Bezirk gelegene Besitz Treskow enteignet und aufgeteilt wird. Wir fordern, daß der Treskower Schloßpark der Berliner Bevölkerung als Erholungsstätte freigegeben ... wird ..." (Der ‚Treskower Schloßpark' ist heute der Tierpark Berlin.)

Der Kommunist Walter Ulbricht und der Sozialdemokrat Bernhard Göring beraten über die Arbeit der Gewerkschaft, Februar 1946



ERNST GLATZER:

„Nachdem in vielen Betrieben Groß-Berlins Organisationseinheiten der Gewerkschaft gebildet, und z. B. in Lichtenberg 11 000 Kollegen Mitglied des FDGB waren, setzte der FDGB Groß-Berlin Delegiertenwahlen an. In allen Stadtbezirken fanden Bezirksdelegiertenkonferenzen statt, wurden die Bezirksausschüsse und zugleich die Delegierten für die Groß-Berliner Konferenz, die am 3. 2. 1946 stattfand, gewählt.

Die Bezirksdelegiertenkonferenz in Lichtenberg fand am 27. 1. 1946 statt. Uns war klar, daß wir auch auf dieser Konferenz kämpfen mußten, denn die wenigen Vertreter der reformistischen Gewerkschaftspolitik hatten vor, sich ein Übergewicht im Bezirksausschuß zu verschaffen. Sie machten ihre Rechnung aber ohne die Delegierten.

Den Geschäftsbericht des Bezirksausschusses gab sein Vorsitzender, der Kollege Thiele, der eine reformistische Gewerkschaftspolitik durchsetzen wollte. Aber auch er konnte sich auf Grund der Stimmung der Delegierten nicht offen gegen die Einheitsgewerkschaft aussprechen. Um einer persönlichen Stellungnahme zu entgehen und zugleich zu erreichen, daß die Delegierten nicht gegen ihn waren, verlas er zum Problem der Grundsätze und Aufgaben der Gewerkschaft eine Disposition, die vom FDGB Groß-Berlin herausgegeben war.

Der Bericht von Thiele hatte die Delegierten enttäuscht. Es herrschte Erregung darüber, daß die Reformisten es verstanden hatten, sogar die Vorlage einer Entschließung zu unterbinden. Die Delegierten wollten aber eine Willenserklärung abgeben, und sie stimmten

deshalb der von den Genossen der KPD eingebrachten Entschließung zu den Grundfragen der Gewerkschaftsarbeit mit großer Mehrheit zu.

In der Diskussion trat ein Kollege Müller dagegen auf, daß die Gewerkschaften auch politische Aufgaben haben und reduzierte ihren Wirkungsbereich auf Fragen der Lohnpolitik, des Sozialwesens u. ä. Ihm traten in der Diskussion elf Kollegen, u. a. die Genossen Fröhlich und Frömel, entgegen. Unter der Zustimmung der Delegierten erklärten diese, daß die Gewerkschaften vor 1933 durch ihre unpolitische Haltung versäumt haben, die Kraft der gesamten Arbeiterklasse gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur zu mobilisieren. Daraus müsse man lernen. Jetzt sollen die Gewerkschaften dafür sorgen, daß ein demokratischer Geist in die Betriebe einzieht, daß die Schuldigen am Kriege entmachtet werden und das deutsche Volk mit seinen Nachbarn in Frieden lebt. Diese Aufgabe sei nur durch die Gewerkschaftseinheit zu lösen. In meinen Schlußbemerkungen rief ich den Delegierten zu: Laßt Euch nicht irremachen! Diejenigen, die heute gegen die einheitlichen Gewerkschaften auftreten, haben in der Vergangenheit auch nicht einen Fingerhut voll von Beweisen für die Richtigkeit ihrer Ansichten bringen können. Die Linie, die sie verfechten, hat das Unglück des deutschen Volkes in der Vergangenheit nicht verhindern können. Aber wir haben ein Beispiel vor Augen. Das ist die Sowjetunion. Dort gibt es eine einheitliche Arbeiterpartei. Dort gibt es einheitliche Gewerkschaften. Und deshalb waren die sowjetischen Freunde und Genossen in der Lage, den Sozialismus aufzubauen. Sie fanden die Kraft, den Faschismus zu schlagen. Wenn wir das auch nur annähernd gutmachen wollen, was der deutsche Faschismus verbrochen und das deutsche Volk geduldet hat, dann müssen wir durch die Einheit der Arbeiterklasse die Voraussetzung dafür schaffen, daß die dazu notwendige Kraft aufgebracht wird. Laßt uns am 1. Mai 1946 in einer einheitlichen Kampfdemonstration unter den Fahnen der Arbeiterklasse die Schande vom 1. Mai 1933 tilgen.

Bei den Wahlen erhielten die Rechten [illegible] Niederlage. Für den Bezirksaus[illegible] waren 27 Kandidaten aufgestellt. Von den 12 gewählten Mitgliedern waren 10 Anhänger der Einheitsgewerkschaften. Für die Bezirksdelegiertenkonferenz waren von 60 Nominierten 23 Delegierte zu wählen. Von ihnen waren 19 Vertreter der Einheitsgewerkschaften."


AUSWEIS

Frau Trude Hohnstädter, Berlin-Kaulsdorf, Ferdinand-Str. 44,

ist im Antifaschistischen Frauenausschuß tätig.

Antifaschistischer Frauenausschuß
Bezirksamt Lichtenberg
Amtsortsstelle

Die antifaschistischen Frauen sind für die Einheit

FRANZISKA SCHULZE-IBURG:

„Auf Initiative der KPD, besonders der Genossen, die schon vor 1933 für die Rechte der Frauen kämpften, entstanden antifaschistische Frauenausschüsse, denen Frauen aller vier antifaschistischen Parteien und Parteilose angehörten. Ihre Aufgabe war, den Frauen zu helfen, politisch denken zu lernen, ihre Gleichberechtigung zu erlangen, sich in den Arbeitsprozeß einzugliedern; ihnen bei der Unterbringung der Kinder und in anderen sozialen Fragen zu helfen. Neben der großen praktischen Arbeit, die die Frauenausschüsse damals leisteten, stellten sie den Beginn jener Entwicklung dar, die durch die Herstellung der vollen Gleichberechtigung der Frauen gekrönt wurde.

Einige Aktivisten der ersten Stunde im Frauenausschuß Lichtenbergs waren Louise Dünninghaus, Elfriede Glatzer, Edith Höding, Gerda Jenrich, Else Runge, Poldi Winke, Lucie Witt.

Besonders die Frage der Versorgung der Kleinkinder während der Arbeitszeit ihrer Mütter war ein fast unüberwindliches Problem. Die wenigen Kindergärten von früher waren meist zerbombt. Was sich noch vorfand, war der Einrichtungen beraubt, denn alles, was nicht niet- und nagelfest war, verschwand damals in die dunklen Kanäle des Schwarzmarktes.



Vor dem Tagungsort einer Delegiertenkonferenz der antifaschistischen Frauenausschüsse

Und doch gelang es den Mitarbeiterinnen des Frauenausschusses, bereits im Spätsommer 1945 wieder Kindergärten zu eröffnen. Aber es gab noch viele andere Sorgen. Da klappte z. B. die Milchversorgung für Säuglinge nicht, denn der Bezirksfuhrpark war in den letzten Tagen des Krieges fast völlig zerstört worden.

Wo der Frauenausschuß aus eigener Kraft nicht helfen konnte, wandten sich die Frauen stets vertrauensvoll an den stellvertretenden sowjetischen Kommandanten des Verwaltungsbezirks, an Oberstleutnant Murawjew. Er erfüllte,



so gut er es unter den Umständen vermochte, die Bitten. So kümmerte er sich persönlich darum, daß sowjetische Transportautos die Versorgung mit Milch übernahmen.

Im Auftrage der Partei entwickelten wir Genossinnen der KPD, von den sozialdemokratischen Genossinnen unterstützt, über die antifaschistischen Frauenausschüsse die politische Arbeit unter den Frauen. Frauenversammlungen fanden regelmäßig statt und wurden gut besucht. Auf der Tagesordnung standen Themen wie: ‚Kann die Frau lebensfroh in die Zukunft blicken?' — ‚Der Kampf der Frau im Wandel der Zeiten' und viele andere mehr.

Zur 1. öffentlichen Kundgebung des Lichtenberger antifaschistischen Frauenausschusses in der Aula der Schule Fischerstraße kamen trotz der Verkehrskalamität Hunderte von Frauen, um Stadtrat Ottomar Geschke zu hören, der ihnen erklärte, daß dort, wo die Frauen gleichberechtigt neben den Männern stehen, alle Not schneller überwunden wird."

EDITH HÜDING:

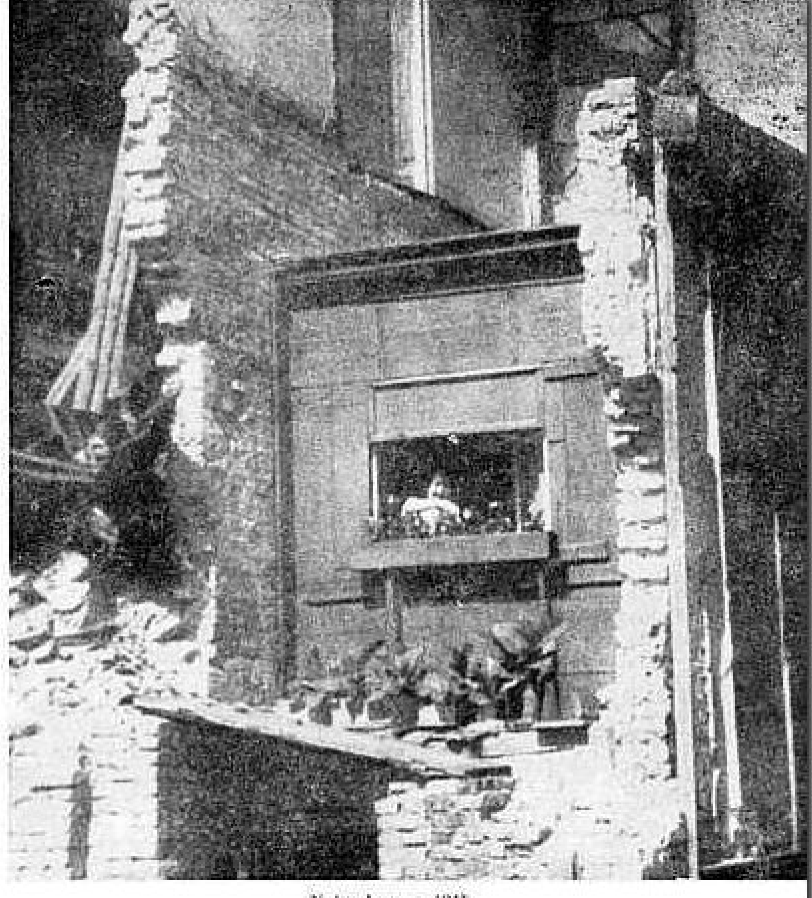
„Im Herbst 1945 waren in einem Barackenlager in der Möllendorffstraße über 200 elternlose Kinder untergebracht, soweit man von einer Unterbringung überhaupt sprechen konnte. Um hier zu helfen, brauchte der Frauenausschuß selbst Hilfe. Wir wandten uns an die

Unterbezirksleitung der KPD. Es wurde beschlossen, die Öffentlichkeit auf die unerträglichen Zustände im Lager, die vielen Kindern das Leben kosten würde, aufmerksam zu machen.

Im Lager wurde eine Versammlung durchgeführt, in welcher der 1. Kreissekretär der KPD, Hein Peglow, zu Herzen gehende Worte an die Erschienenen richtete. Sie waren kaum verklungen, als schon von den Frauen Bettzeug, Decken und Kleidung herbeigeholt wurden. Die äußerste Not der Kinder war jetzt behoben.

In einem zweiten Appell rief der Frauenausschuß Familien auf, Kinder bei sich aufzunehmen. Obwohl kaum einer selbst richtig satt zu essen hatte, kamen viele Frauen, voran Arbeiterinnen, die Kinder zu sich nahmen. Ungepflegt, unterernährt und krank, so verließen 180 der kleinen Wesen das Lager, um nun in häuslicher Geborgenheit heranzuwachsen. Das war ein großartiges Beispiel der Solidarität.

Bald war auch das Problem eines festen Gebäudes für die restlichen und hinzukommenden Kinder gelöst. In der Buchberger Straße, auf einem Fabrikgelände, fand sich ein Haus, das dank der Hilfe des sowjetischen Bezirkskommandanten noch bis Weihnachten 1945 zu einem Kinderheim ausgebaut werden konnte. Nähstuben, von dem Frauenausschuß eingerichtet, sorgten für Wäsche und Kleidung. Und unter der Parole ‚Rettet



Notwohnung 1945

VEREINIGUNGS-PARTEITAG

DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
UND DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS



am 21. und 22. April 1946 in Berlin
„Deutsche Staatsoper" (Admiralspalast), Friedrichstr. 101-102

DELEGIERTEN-KARTE

Der Inhaber dieser Karte

Genosse/Genossin ....Hein Peglow........ Bezirk.....Berlin.........

ist stimmberechtigter Delegierter zum Vereinigungsparteitag

Organisationsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands

HISTORISCHE DOKUMENTE



Vereinigungsparteitag, 22. April:
Die historische Abstimmung
über die Vereinigung

die Kinder!', die vom Ausschuß der Opfer des Faschismus ausging, rüstete auch der Lichtenberger Frauenausschuß zum ersten weihnachtlichen Friedensfest für die jungen Menschen."

LOUISE DÜNNINGHAUS:

„Die Frauen der KPD und SPD hatten in den Frauenausschüssen besonders eng zusammengearbeitet. So war es nur folgerichtig, daß sie sich ganz besonders für den Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien einsetzten.

Am 16. Februar 1946 fand in Lichtenberg eine große Frauenkonferenz der KPD und SPD unter der Losung statt: ‚Wir Frauen fordern im Interesse unserer Kinder schnellstens die Einheitspartei der deutschen Arbeiter, nur sie gibt uns die Garantie für eine bessere Zukunft. Etwa 500 Frauen beider Parteien nahmen daran teil.

Genossin Maria Rentmeister, Frauenleiterin der Bezirksleitung Berlin der KPD, wies auf die Rolle der Frauen bei der Entwicklung unseres neuen Staates hin und stellte die Bedeutung der aktiven Mitarbeit sowie des Zusammenschlusses der Frauen beider Parteien für die Zukunft heraus. Sie zeigte den Anwesenden klar auf, daß es ein schwerer Weg sei, um die Trümmer und das Elend zu überwinden und ein neues demokratisches, friedliebendes Deutschland aufzubauen.

In der Versammlung trat auch Jeanette Wolf auf, die zu den wenigen SPD-Genossinnen zählte, die gegen die Einheit der Arbeiterklasse waren. Sie machte viele Worte und umging eine politische Stellungnahme zu der wichtigen Frage: ‚Wie das neue Deutschland aussehen solle'. Ihre Ausführungen gipfelten in der Behauptung: ‚Laßt die Sonne wieder über alle scheinen'. Damit rief sie den Widerspruch der anwesenden Genossinnen aus beiden Parteien hervor. Ihr wurde entgegengehalten, die ‚Sonne' dürfe nicht mehr für ‚alle' scheinen, sondern nur für all die, die den Frieden und ein friedliebendes Deutschland wollen. Die imperialistischen Kriegsverbrecher aber, die das deutsche Volk schon zweimal ins Elend gestürzt haben, die Verantwortlichen von zwei Weltkriegen, müssen entmachtet und ihrer gerechten Strafe zugeführt werden.

Die versammelten Frauen stimmten einer Resolution für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zu und beschlossen, weiter gemeinsame Versammlungen, Schulungsabende und Aktionen durchzuführen. Inzwischen hat die Entwicklung in Deutschland bewiesen: Die Frauen, die die Einheit der Arbeiterklasse gefordert haben, hatten Recht. In der DDR vermochte die geeinte Arbeiterklasse Imperialismus und Militarismus zu überwinden und einen Friedensstaat zu schaffen. In Westdeutschland, wo die Einheit durch die imperialistischen Besatzungsmächte im Bunde mit den deutschen Konzern- und Bankherren verhindert wurde, konnten die Fabrikanten des Todes ihre volksfeindliche Herrschaft wieder errichten und bedrohen heute die ganze Welt."

HANNA NOACK:

„Ich gehörte zu den Genossinnen, die 1945 in Friedrichsfelde einen Frauenausschuß gebildet hatten. Wir antifaschistischen Frauen waren für die Einheit der Arbeiterparteien, weil ohne sie niemals die volle Gleichberechtigung der Frauen erkämpft werden konnte.

Unser Frauenausschuß kämpfte darum, alle antifaschistischen Kräfte für den Wiederaufbau, für die Beseitigung der materiellen und geistigen Trümmer zu gewinnen. Beharrlich rangen wir um die Mitarbeit von Frauen aus allen Schichten der Bevölkerung.

Neben der Aktion ‚Rettet die Kinder', der Versorgung der Kranken und Alten mit dem Lebensnotwendigsten, gingen wir daran, besonders unseren ‚Trümmerfrauen' ihre schwere Aufgabe zu erleichtern. Mit Hilfe des Genossen Willi Schubert — Leiter des ehemaligen Treskowschen Gutes — war es möglich, für die ‚Trümmerfrauen' zusätzlich Gemüse und Kartoffeln zur Verfügung zu stellen.

Viele Mitglieder des antifaschistischen Frauenausschusses übernahmen sonnabends freiwillig die Arbeit alleinstehender ‚Trümmerfrauen' mit Kindern.

In den Zusammenkünften des antifaschistischen Frauenausschusses wurden immer wieder die Gedanken lebendig: „Hätten wir so eng vor 1933 zusammengestanden, wäre der Faschismus niemals möglich gewesen und dem deutschen Volk und den anderen Völkern wäre der 2. Weltkrieg mit all seinen unheilvollen Folgen erspart geblieben.'

In dieser engen Zusammenarbeit wurde der vom Faschismus, vom Monopolkapital jahrzehntelang verbreitete Antikommunismus (bei vielen Schritt für Schritt) überwunden.

So sagten uns christliche Frauen im Verlaufe der gemeinsamen Arbeit: Wir hätten vorher niemals geglaubt, daß wir mit den kommunistischen Frauen so gut zusammenarbeiten würden, um das schwere Erbe der Hitlerzeit zu überwinden."

Vortragsdisposition

Nr. 21

Die Frau im neuen Deutschland

INHALT

Unverkäufliche Referentenausgabe

VERLAG NEUER WEG GmbH., BERLIN

Der Kampf um die Gewinnung der Frauen für die Mitwirkung beim Aufbau des neuen Lebens war von einer breiten Aufklärungsarbeit getragen.

Die Anfänge der neuen Jugendbewegung

WALTRAUD WOLFF:

„1945 war ich 15 Jahre alt. Vor mir stand — wie überhaupt vor der jungen Generation — die Frage, was wird nun werden. Für viele Jugendliche war eine Welt zusammengebrochen, sie sahen keinen Ausweg und hatten keine Ideale. In dieser Lage halfen uns die Genossen der KPD, Schritt für Schritt den Sinn des Lebens zu erkennen. Sie stellten uns ein erstrebenswertes Ziel, als junge Menschen tatkräftig mitzuhelfen, ein neues Deutschland aufzubauen, das durch friedliche Arbeit Ansehen und Achtung der Völker der Welt gewinnt. Neben den vielen Aussprachen, die vom antifaschistischen Jugendausschuß durchgeführt wurden, organisierte er die Teilnahme der Jugendlichen an der Beseitigung der Trümmer und der Kriegsschäden. Wir schütteten Panzergräben zu, rodeten Holz, das im Winter 1945-46 an hilfsbedürftige Menschen verteilt wurde und leisteten, ohne uns von Hunger und schlechtem Wetter verdrießen zu lassen, andere Arbeiten.

Ich sah, wie sich das Neue entwickelte und wollte direkt daran beteiligt sein. Deshalb beantragte ich, gerade 16 Jahre alt geworden, im Dezember 1945 meine Aufnahme in die KPD.
Am 1. Weihnachtsfeiertag veranstaltete die Mahlsdorfer Parteiorganisation im Lokal ‚Teglitz' eine Feierstunde, um junge Mitglieder in die KPD aufzunehmen. Auch ich war darunter. Wir bekamen unsere Parteidokumente und ein Exemplar des Kommunistischen Manifests mit einer Widmung unseres Genossen Wilhelm Pieck.

Der Genosse Helm Friedrich führte mit uns mehrere Seminare durch, um uns das Wesen der Partei und unsere Aufgaben zu erläutern. Wir diskutierten auch über das Manifest der Kommunistischen Partei. Es war für die Genossen bestimmt nicht leicht, uns an die marxistische, pilosophische Literatur heranzuführen.

Doch die Seminare wurden stets von älteren, bewährten Genossen besucht, die den Schulungsleiter unterstützten und uns geduldig die vielen Fragen beantworteten und erklärten.

Mir persönlich haben diese Seminare die Grundlage gegeben, überhaupt marxistische Literatur zu lesen, zu verstehen und aus ihr Lehren für mein Leben zu ziehen."

ERWIN HÜBENTHAL:

„In den ersten Wochen nach der Zerschlagung des Faschismus waren wir bemüht, alle Jugendlichen zu erfassen. Namenlisten wurden wohnbezirksweise an Jugendabschnittsleiter des Bezirksamtes Lichtenberg übergeben, damit sie mit den Jugendlichen die Verbindung aufnehmen konnten. Sie bildeten in den verschiedenen Ortsteilen antifaschistische Jugendausschüsse. Diese Ausschüsse entwickelten ein schon recht vielfältiges Jugendleben. In den von den Jugendlichen instandgesetzten Heimen fanden Diskussionsabende, literarische Veranstaltungen und auch Tanzabende statt. So wurde im Sommer 1945 im ehemaligen Möbelhaus Biebler, Ruschestraße Ecke Frankfurter Allee (dem späteren Heimkehrerlager) eine öffentliche Jugendveranstaltung organisiert.

Ein Genosse sprach zu den Jugendlichen und sagte ihnen, daß sie die Verantwortung für die friedliche Zukunft Deutschlands tragen und rief sie auf, für das neue Leben zu lernen und zu arbeiten. Von den Jugendlichen wurde ein Kulturprogramm geboten, und anschließend war Tanz. Die Jugendausschüsse waren damals auch die Träger des sportlichen Lebens der Jugend. Vor allem wurden Fuß- und Handballmannschaften gebildet, die eine Reihe von Spielen gegen Mannschaften aus benachbarten Verwaltungsbezirken austrugen.

Im Ortsteil Lichtenberg (vorwiegend aus dem Gebiet um die Möllendorffstraße) beteiligten sich 265 Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren aktiv an der Ar-

heit der Jugendausschüsse. Etwa 600 bis 800 besuchten die Veranstaltungen.

Aus den Reihen der Jugendlichen entstand auch eine Schauspielgruppe, die mittels selbstgeschriebener Texte manchen Abend gestaltete und sich prächtig entwickelte. Die heute bekannten Schauspielerinnen Brigitte Krause und Angela Brunner sind aus der Gruppe hervorgegangen. Alle Jugendausschüsse, die in Lichtenberg bestanden, unterstützten den Aufruf des Jugendausschusses ‚Helft uns helfen'! Zum Beispiel wurde im Jugendheim in Alt-Friedrichsfelde 66 mit gespendeten Werkzeugen eine Werkstatt eingerichtet. Dort fertigten junge Menschen Spielzeug und Gebrauchsgegenstände an. Die Jugendlichen beteiligten sich erfolgreich an der Sammlung von Kleidern und Schuhen für besonders Bedürftige."

Aus den antifaschistischen Jugendausschüssen entwickelte sich später der einheitliche Jugendverband, die Freie Deutsche Jugend.

Die Freie Deutsche Jugend wurde in der damaligen sowjetischen Besatzungszone am 7. März 1946 gegründet. Wir können hier allerdings nicht berichten, wie sich die Gründungen der FDJ-Grundorganisationen in Berlin zu diesem Zeitpunkt vollzogen. Die Quertreibereien der westlichen imperialistischen Besatzungsmächte verzögerten in Berlin die offizielle Zulassung und Gründung der Freien Deutschen Jugend bis Februar 1947.

Der Beginn der demokratischen Umwälzung der Kultur und Bildung

PROF. K. L. SCHULZE-IBURG:

„Der Kampf der beiden Arbeiterparteien zur Überwindung der nazistischen Ideologie war eng verbunden mit dem Bestreben zur demokratischen Erneuerung des Kulturlebens, zur Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von allem faschistischen und reaktionären Unrat.

Der Aktionsausschuß KPD - SPD rief die Genossen beider Arbeiterparteien dazu auf, feste Beziehungen zu den Geistesschaffenden zu entwickeln.

Es galt, an die schon vorhandene Mitarbeit vieler Ingenieure, Ärzte und anderer Intellektueller bei der Beseitigung der Kriegsschäden und beim Wiederaufbau des Gesundheitswesens anzuknüpfen und die Intelligenz zu einem festen Bundesgenossen der Arbeiterklasse im Kampf um die geistige Erneuerung des Lebens zu gewinnen.

Im Ergebnis der politischen Arbeit unter den Angehörigen der Intelligenz wurde erreicht, daß sich damals alle nichtfaschistischen Wissenschaftler und Kulturträger im ‚Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands' zusammenschlossen. Bereits am 7. Juli 1945 fand auf Initiative des Fachschriftstellers Genossen Fritz Kunze in Karlsdorf die erste Gründungsversammlung einer Ortsgruppe des Kulturbundes statt.

Am 10. Februar 1946 wurde dann der Kulturbund für den Verwaltungsbezirk Lichtenberg ins Leben gerufen. Die Gründungsversammlung war erfüllt von den wegweisenden Gedanken, die wenige Tage zuvor eine zentrale Kulturkonferenz der KPD entwickelt hatte. Dem Grundgedanken, daß unter der Führung der Arbeiterklasse alle demokratischen Parteien für die Ideen echter, kämpferischer Humanität und des gesellschaftlichen Fortschritts als unerschütterliche Grundlagen des neuen deutschen Kulturlebens kämpfen mußten, stimmten alle Anwesenden zu.

Die Genossen der KPD fanden viele Wege zur Einbeziehung von Kulturschaffenden in den politischen Kampf. Dafür einige Beispiele: Ende August fanden sich im Kulturamt Lichtenberg Kunstmaler und Malermeister zusammen. Sie berieten, wie der Jugend bei der Einrichtung von Heimen geholfen werden kann und taten es dann auch.

Als Anfang September 1945 in vielen Feiern die Widerstandskämpfer geehrt wurden, verstand es ein Kollektiv der Künstler Lichtenbergs, die Festräume wirkungsvoll zu gestalten. Auf der

Hauptfeier in der Schule Fischerstraße waren Porträts der gemordeten Antifaschisten Lichtenbergs ausgestellt und an den Seiten des Zuschauerraums hingen überlebensgroße Bildnisse von Ernst Thälmann und Rudolf Breitscheidt.

Nach und nach entwickelte sich eine Gruppe bildender Künstler, die eine gute Sichtwerbung im ganzen Verwaltungsbezirk durchführte. Zu dieser Gruppe gehörten Karl Bickel, die Kunstmaler Menzel, Moczney, Mohr, Müller-Lichtenberg und die Malermeister Tospann und Heppner. Hervorheben will ich, daß wir in dieser Gruppe auch leidenschaftsgeladene Aussprachen über weltanschauliche Fragen geführt haben.

Am 24. Oktober 1945 erhielt unser Lichtenberger Kollektiv für Sichtwerbung vom ZK der KPD den ehrenvollen Auftrag, zur Feier des Gedächtnisses von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Januar 1946 auf dem alten Denkmalplatz des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde einen Katafalk zu bauen, der das von den Faschisten gesprengte Ehrenmal versinnbildlichen sollte. Unser Entwurf wurde angenommen und im Januar 1946 ausgeführt. Der Denkmalplatz war noch erhalten. Auf diesem Raum errichteten wir aus Gerüstleitern, bekleidet mit Pappe und rotem Stoff, einen den Ausmaßen des früheren Denkmals entsprechenden Kubus mit dem Ausspruch: ‚Ich war, ich bin, ich werde sein.'



Das war unser Beitrag zu der nach 12 Jahren faschistischer Tyrannei erstmals wieder durchgeführten traditionellen kämpferischen Ehrung der unvergessenen Helden der deutschen Arbeiterklasse, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Diese Kundgebung, auf der Genosse Wilhelm Pieck sprach, war zugleich ein Schwur, das Vermächtnis von Karl und Rosa zu erfüllen, indem durch die geeinte Kraft der Arbeiterklasse die Macht der Reaktion gebrochen und der Sieg des werktätigen Volkes errungen wird.

Am 12. August 1945 um 17 Uhr konnte im Saal der Schule Fischerstraße das erste große Konzert erklingen. Weber, Wagner und Tschaikowsky wurden vom Berliner Tonkünstler-Orchester unter Dr. Weinsteins Stabführung gespielt und mit der Zugabe von Strauß' ‚Fledermaus-Ouvertüre' und der ‚Blauen Donau' schloß das Konzert ab.

Der Initiator dieses Konzertes, Dr. Alexander Weinstein, hatte während der Zeit des Faschismus mehrere Jahre tagaus, tagein in einem Bretterverschlag in Lichtenberg illegal gelebt, um sich dem Zugriff der Faschisten zu entziehen.

Zurückschauend empfindet man für die Frauen und Männer, die in jenen schweren Tagen dem Ruf der Kommunistischen Partei Deutschlands zur demokratischen Erneuerung des Kulturlebens folgten, Hochachtung. Besonders zu würdigen sind vielleicht jene, die darangingen, ein neues Volksbildungswesen aufzubauen.

Wie war die Situation? — Die Schüler waren in den letzten Monaten des Faschismus des Schulunterrichts entwöhnt, hatten weder Hefte noch Bücher. Das wenige vorhandene Lehrmaterial war von reaktionären Auffassungen durchdrungen, so daß es für die fortschrittliche Bildungsarbeit unverwendbar war.

Der Zustand der Schulgebäude war katastrophal, es gab weder Fenster noch Türen. Obwohl sich die Lehrer, die von den Faschisten wegen ihrer aufrechten Gesinnung aus dem Schuldienst entlassen worden waren, der neuen Schule sofort zur Verfügung stellten, reichten die pädagogischen Kräfte bei weitem nicht aus, weil wir nicht zulassen konnten, daß die faschistischen Lehrkräfte weiterhin unterrichteten.

Im Juni 1945 standen für den Unterricht von 10 793 Schulkindern 126 ausgebildete Lehrer zur Verfügung. Deshalb konnte in den Sommermonaten noch kein geregelter Unterricht durchgeführt werden.

Im Herbst 1945 verkündete das Schulamt in Lichtenberg den allgemeinen Schulbeginn für 17 011 Schüler.

Großherzig unterstützte die sowjetische Kommandantur den Neuaufbau des Schulwesens. Ohne ihre Hilfe wären die materiellen Bedingungen für den Unterricht nicht so schnell geschaffen worden. Am 19. November 1945 führte die sowjetische Besatzungsmacht die Schulspeisung ein, die täglich für 20 Pfennig ausgegeben wurde. Über die Schulen erfolgte auch die Verteilung von Schuh- und Bekleidungsbezugscheinen für die Kinder.

Am 18. 10. 1945 riefen das ZK der KPD und der Zentralausschuß der SPD gemeinsam zur Durchführung einer demokratischen Schulreform auf. Die Grundforderungen waren:

> Erziehung der heranwachsenden Generation im Geiste einer kämpferischen Demokratie; Säuberung des gesamten Lehr- und Verwaltungspersonals von allen nazistischen und militaristischen Elementen; Schaffung eines einheitlichen Schulsystems; klare Trennung von Kirche und Schule; Schaffung eines demokratischen Lehrkörpers; grundsätzliche Umstellung des Lehrplanes.

Angesichts der heute in Westdeutschland bestehenden Standesschule, des Bildungsnotstandes, der eklatanten Militarisierung der Schule, ja des Naziungeistes, der in der westdeutschen Schule mehr und mehr um sich greift, können wir eindeutig feststellen: Die Einheit der Arbeiterklasse war auch für die antifaschistische und später sozialistische Umgestaltung des Schulwesens die unabdingbare Voraussetzung."

Die Vorbereitung der Verschmelzung der Arbeiterparteien im Kampf gegen die Spalter der Arbeiterklasse

Die Einheit wird zur Forderung der Massen

Die verschiedenen Berichte und Dokumente zeigen deutlich, daß in den Monaten bis Dezember das Leben weiter normalisiert wurde. Hunderte Bürger wurden von der Passivität zur Tat geführt und ergriffen Partei für die Sache der antifaschistischen Demokratie in Deutschland. Dieser Prozeß wurde von der KPD und SPD in Aktionseinheit geleitet. Es ist natürlich, daß wir bei der gemeinsamen Arbeit, beim gemeinschaftlichen Ringen für das antifaschistische Umdenken der Menschen in unseren Einheitsbestrebungen vorankamen.
In beiden Parteien wurde daher der Ruf immer lauter: Jetzt muß die organisatorische Vereinigung kommen!

Die Sechziger-Konferenz in Berlin

In dieser Situation schlugen das Zentralkomitee der KPD und der Zentralausschuß der SPD die Einberufung einer gemeinsamen Konferenz mit Vertretern aus allen Bereichen der sowjetischen Besatzungszone vor.

Am 20. und 21. Dezember kamen im Haus des Zentralausschusses in Berlin je 30 Vertreter der KPD und SPD zur ersten Sechziger-Konferenz zusammen. Die Konferenz billigte voll und ganz die bisherige Politik der antifaschistisch-demokratischen Aktionseinheit und ihre Erfolge und gelangte zu der Einschätzung

> *„noch ist das Monopolkapital nicht vernichtet, noch hat es sogar zahlreiche Helfer und Verbündete".*

Es wurde festgestellt, daß einzig und allein die geeinte Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft und der schaffenden Intelligenz jede neue Gefahr von dieser Seite abwehren kann. Die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien kann aber nur dann stabil und von Dauer sein,

> *„wenn die Einheit der Arbeiterbewegung ihr festes Rückgrat bildet".*

Die Konferenz gelangte zu der Schlußfolgerung:

> *„Gegenwärtig ... ist der historische Augenblick gekommen, die Lehren aus der Vergangenheit der Arbeiterbewegung zu ziehen und die Einheitspartei der Arbeiter vorzubereiten."*

Die Beschlüsse der Dezember-Konferenz riefen auch in unserem Stadtbezirk — wie überhaupt in Berlin — eine starke Resonanz hervor.

Für und Wider die Einheit

Die Einheitsanhänger verstärkten ihre Aktivität. Sie beachteten die Worte Wilhelm Piecks:

> *„Nur über die Aktionseinheit und über die Klärung aller ideologisch-programmatischen Fragen wird diese Verschmelzung vor sich gehen und die Einheitspartei zu der großen Kraft werden, die der Arbeiterklasse die Führung bei dem demokratischen Neuaufbau Deutschlands, bei dem Wiederaufbau der Wirtschaft und bei der Sicherung des Friedens verschafft."*

AUS EINEM DOKUMENT:

„KPD Lichtenberg
Straßengruppen
Scheffelstraße und Wolfgangstraße

An die
SPD-Gruppe Möllendorffstraße, Scheffelstraße, Wolfgangstraße usw.

Werte Genossen!

Unsere Straßengruppen begrüßen, daß Ihr im gleichen Gebiet eine Gruppe Eurer Partei geschaffen habt und hoffen, daß es zwischen unseren beiden Organisationen eine gute kameradschaftliche Zusammenarbeit im Sinne der Beschlüsse des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD geben wird.

... konnten wir bereits auf mehreren unserer Schulungsabende einige Eurer Genossen begrüßen und wir schlagen Euch vor, gemeinsame Schulungsabende beider Parteien in unserem Gebiet abzuhalten.

... halten wir es für notwendig, auf dem Gebiet der praktischen Arbeit möglichst enge Fühlung miteinander zu nehmen.

... in einigen dringenden Fragen eine gemeinsame Stellungnahme beider Funktionskörper herbeizuführen, damit z. B. die Beleuchtung der Haustüren, Ersatz eines politisch unzuverlässigen Straßenobmanns in der Scheffelstraße, Ausschaltung eines Nazigeschäfts in der gleichen Straße, die Werbung für die Konsumgenossenschaft und die Sicherung eines Raumes für eine Verkaufsstelle in unserer Gegend möglichst bald in Angriff genommen werden können."

HEIN PEGLOW:

„Durch den uneigennützigen aktiven Einsatz zahlreicher Genossen aus beiden Arbeiterparteien waren die ideologischen Vorbereitungen für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien gut vorangekommen. Besonders ist die erfolgreiche Tätigkeit der Parteizellen der KPD in den Betrieben und Wohngebieten zu würdigen, wobei mir die Zellen in den Betrieben BEHA, Stahlbau, BVG-Straßenbahnhof sowie in den Stadtbezirken Kaulsdorf und Mahlsdorf wegen der von

Verständigung und Zusammenarbeit

Wir wollen die Voraussetzungen zur Einheit vertiefen

An die Mitglieder der KPD und SPD!

Werte Genossen!

Am 21. Dezember 1945 haben die Parteileitungen und die Bezirksdelegierten der beiden Parteien die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiter-

allen Kräften und überall dafür einsetzen, daß die Mitgliedermassen der beiden Parteien die Vereinigung vorbereiten und beschließen. Wir wün-

25. Januar 1946

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

ihnen durchgeführten eindrucksvollen Einheitskundgebungen in bester Erinnerung sind. Sehr erfolgreich verliefen die von Grundorganisationen der KPD und SPD gemeinsam durchgeführten Schulungsabende.

Als Schulungsmaterial dienten die vom Zentralkomitee der KPD und die vom Verlag ‚Neuer Weg' herausgegebenen Materialien.

Die Zusammenarbeit der Kreisleitungen beider Parteien im Arbeitsausschuß KPD-SPD führte dazu, daß über die Richtigkeit des im Aufruf der KPD vom 11. Juni gezeigten Weges volle Übereinstimmung erreicht wurde.

Der Genosse Wilhelm Peters, Vorsitzender des Kreisvorstandes Lichtenberg der SPD, zeichnete sich durch eine klare Klassenposition aus und bekämpfte mit Erfolg die Versuche von Schumacher und anderer rechter SPD-Führer, in die SPD-organisationen einheitsfeindliche Bestrebungen hineinzutragen."

WILLI GRIEPENTROG:

„Im Vordergrund unserer Arbeit stand nun die Herbeiführung einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen den Organisationseinheiten der KPD und SPD mit dem Ziel, die Einheit der beiden Arbeiterparteien tatsächlich herzustellen. Bei der Lösung dieser Aufgabe, die eng verbunden war mit der Klärung vieler Fragen des Inhalts der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung in der sowjetischen Besatzungszone, bin ich in vielen Betriebsversammlungen aufgetreten, u. a. Hasse und Wrede (heute VEB Berliner Werkzeugmaschinenfabrik), Büchner Filterbau (heute VEB Lufttechnische Anlagen), Bahnhof Lichtenberg, Siemens Plania (heute VEB Elektrokohle). Nach der im Dezember durchgeführten 1. Sechziger-Konferenz der Parteiführungen der KPD und SPD verstärkten wir die ideologische Aufklärung, indem eine systematische Propaganda grundsätzlicher theoretischer Erkenntnisse des Marxismus entwickelt wurde. Der damalige Verlag der KPD ‚Neuer Weg' hatte inzwischen einige Werke der Klassiker des Marxismus, u. a. ‚Das Kommunistische Manifest', ‚Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft' (Friedrich Engels), ‚Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus' (W. I. Lenin) herausgegeben. Für die Auseinandersetzung über das Wesen und die verbrecherische Politik des faschistischen deutschen Imperialismus war das ebenfalls veröffentlichte Werk des Genossen Walter Ulbricht ‚Die Legende vom deutschen Sozialismus' von hervorragendem Wert.

Die Herausgabe solcher Werke, ihr Vertrieb durch die Organisationseinheiten der KPD und SPD und die Diskussionen, die darüber geführt wurden, waren ein wesentlicher Beitrag zur Entwicklung der marxistischen Kenntnisse unter den Genossen. Mehr und mehr erarbeiteten sich auch die Genossen aus der SPD die Auffassung, daß die Einheitspartei auf dem Boden des konsequenten Marxismus stehen muß.

Das zeigte sich immer wieder in unzähligen Versammlungen der einzelnen Gruppen der beiden Parteien und in gemeinsamen Mitgliederversammlungen. Ich erlebte oft kämpferische Auseinandersetzungen über die Fragen, die von rechten Sozialdemokraten kamen: ‚Kinder, warum habt Ihr es denn so eilig.' Meine Antwort war: Der Klassenfeind wartet nicht. Ihm war schon immer eine gespaltene Arbeiterklasse von Nutzen.

Weil wir gespalten waren, hatte die Arbeiterklasse nicht die Kraft, den Faschismus und die Grauen des letzten Krieges zu verhindern. Nur eine geeinte Arbeiterklasse wird in der Lage sein, die Führung im Kampf für die Durchsetzung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu übernehmen.'

Mit Freude konnte ich feststellen, daß ich bei den meisten SPD-Genossen Zustimmung fand.

Eine andere Frage wurde von rechten SPD-Leuten oftmals provokatorisch gestellt: ‚Wir wollen zuerst die Mitgliederzahlen wissen, die SPD ist stärker und die KPD müßte zur SPD zurückkehren.' Ich antwortete darauf: ‚Es ist müßig,

darüber zu streiten, ob die SPD einige Mitglieder mehr als die KPD hat. In Lichtenberg z. B. ist die KPD zahlenmäßig stärker als die SPD. Solche Zahlenspielereien nützen unserer gemeinsamen Sache nichts. Aber mit der geeinten Arbeiterpartei bewahrheitet sich der Satz in unserem gemeinsamen Kampflied DIE INTERNATIONALE, ‚Wir sind die stärkste der Parteien'. Die neue Einheitspartei wird eine marxistische Partei sein, die unter Berücksichtigung der Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung konsequent für die Interessen der Nation eintreten wird. Sie wird sich für die Verwirklichung der im Potsdamer Abkommen festgelegten Grundsätze einsetzen. Gemeinsam werden wir daran gehen, wirkliche demokratische Verhältnisse zu schaffen, damit es den deutschen Imperialisten und Militaristen unmöglich wird, jemals wieder einen Krieg zu beginnen. Wir werden unser gemeinsames Ziel, den Aufbau des Sozialismus, niemals aus den Augen verlieren.

Besondere Schwierigkeiten gab es in Marzahn zu überwinden. In der SPD trat der Abteilungsleiter Wiechmann als verschworener Gegner der Einheit auf. Wiechmann bekam durch die falsche Haltung und das sektiererische Auftreten eines Genossen der KPD zunächst noch Wasser auf seine Mühle. Wir haben uns mit diesem Genossen auseinandergesetzt und erreicht, daß er sich auf den Boden der Beschlüsse des ZK der KPD stellte. In vielen Einzelaussprachen mit den Mitgliedern beider Parteien sowie in getrennten und gemeinsamen Mitgliederversammlungen wurde Klarheit über unseren gemeinsamen Weg, über die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse, geschaffen. Gestützt auf den festen Willen der Mitglieder beider Parteien bildeten wir bereits am 9. 2. 1946 einen Einheitsausschuß, der die Aufgabe hatte, die Verschmelzung beider Parteien vorzubereiten."

SPD LICHTENBERG **KPD**

Einladung

zu der am Sonntag, dem 24. März 1946 um 9 Uhr vormittags

im Theatersaal der Schule Schlichtallee, Eingang Fischerstraße (S-Bahnhof Neu-Lichtenberg) stattfindenden

Funktionärkonferenz

Thema: Der deutsche Weg zum Sozialismus

Es spricht je ein Genosse der SPD und KPD, anschließend freie Aussprache

Diese Einladung in Verbindung mit der Parteimitgliedskarte gilt als Ausweis

ORGANISATIONSAUSSCHUSS
DER **SPD** UND **KPD** LICHTENBERG

(420) A. Raaß Lichtenberg 264 3.46

PAUL HANDELMANN:

„In unserer SPD-Abteilung war die große Mehrheit für die Vereinigung der Arbeiterparteien. Deshalb haben wir mehrere Vorstandssitzungen mit den Genossen der KPD über das ‚Kommunistische Manifest' durchgeführt. Aus diesen gemeinsamen Aussprachen kam dann Anfang Januar oder Februar 1946 eine gemeinsame Mitgliederversammlung im jetzigen ‚Volkshaus' heraus, wo Genosse Bodenberg (heute Mitglied des Staatsrates der DDR) als KPD-Mitglied über das ‚Kommunistische Manifest' gesprochen hat.

Genosse Schubert hat damals die Versammlung eröffnet und ich habe sie von der Diskussion an geleitet. Die Diskussion war positiv. Eine Entschließung zur Vereinigung beider Parteien wurde einstimmig und mit großem Applaus angenommen."

Auszug aus einem offiziellen Tätigkeitsbericht des Kreisvorsitzenden der SPD, Genossen Peters, an die Berliner Zentrale, vom Januar 1946

„Sowohl die innere Organisation des Kreises 17, Berlin-Lichtenberg, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), als auch die Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und den beiden anderen antifaschistischen Parteien macht gute Fortschritte, wie aus den nachfolgenden Feststellungen ersichtlich ist. Es fanden nämlich statt:

Eine Mitgliederversammlung des Kreises 17 der SPD, eine gemeinsame Mitgliederversammlung mit der KPD, zwei gemeinsame öffentliche Kundgebungen mit der KPD, zwei gemeinsame Kreisfunktionärkonferenzen mit der KPD."

Auszüge aus dem Protokoll einer Beratung der Verwaltungsbezirksleitung Berlin-Lichtenberg der KPD mit Funktionären der Betriebszellen:

„*Gen. Frömel:*

Bei uns im Krankenhaus Wuhlgarten hat sich eine gute Zusammenarbeit zwischen den KPD- und SPD-Genossen entwickelt. Wir beraten gemeinsam die notwendigen Schritte zur Lösung praktischer Aufgaben und setzen uns über aufgetretene Fragen kameradschaftlich auseinander. Bereits seit Januar führen wir in unserem Betrieb gemeinsame Parteiversammlungen durch. Alle Genossen der SPD treten aktiv für die Einheit der Arbeiterparteien ein.

Genosse Zerbe,

verantwortlich für Lichtenberg-Nord:

In meinen Betrieben Hartung (GMB), Primus (heute VEB Rohrwerk Teil III), Krankenhaus Herzberge arbeiten die Betriebsgruppen KPD und SPD zusammen. Gemeinsam setzten wir uns offensiv mit den falschen Auffassungen der Schumacher-Gruppe, mit den Spaltern der Arbeiterklasse, auseinander.

Genosse Scharrer,

verantwortlich für BVG:

Wir haben einen 15er Ausschuß gebildet. Außerdem besteht ein 6er Kopf, der jetzt die Vorbereitungen für eine gemeinsame Mitgliederversammlung in der Schlichtallee trifft. Diese Versammlung wird am 15. 3. durchgeführt, und wir haben festgelegt, daß der 6er Kopf regelmäßig tagt. Dem SPD-Genossen Rosin haben wir den Vorsitz angeboten. Rosin ist der Beste innerhalb der SPD, und er tut alles, um die Einheit vorwärtszutreiben.

Die Durchführung gemeinsamer Schulungsabende hat sich gut bewährt, und es ist der Wunsch vieler SPD-Genossen, solche Schulungsabende auch weiter durchzuführen.

Genosse Trauselt:

Die Mehrheit aller Mitglieder der SPD tritt für die Einheit der Arbeiterklasse ein und strebt die baldige Vereinigung an, obwohl ein Teil der alten SPD-Mitglieder noch Vorbehalte hat. Deshalb ist es besonders notwendig, die theoretischen Fragen gründlich zu klären und die Aktionseinheit im Kampf für ein

besseres Leben, für ein neues, demokratisches Deutschland noch fester zu gestalten.

In dieser ideologischen Auseinandersetzung müssen wir unseren SPD-Genossen fest zur Seite stehen und ihnen helfen, die Spaltertätigkeit der Schumacher-Gruppe zu entlarven. Der Einheitswille der großen Mehrheit aller Mitglieder der KPD und SPD kommt in allen Ortsteilen Lichtenbergs, vor allem durch das gemeinsame Handeln, in den kameradschaftlichen Auseinandersetzungen zu theoretischen Fragen und in der Bildung gemeinsamer Leitungen der KPD und SPD zum Ausdruck. Der Erfolg der zielstrebigen Arbeit in den Betriebsgruppen und Wohnbezirken ist der Beweis dafür. In den letzten Wochen wurden von den Organisationsausschüssen gemeinsame Mitgliederversammlungen durchgeführt, in denen die schnellste Durchführung der Vereinigung der Parteien gefordert wurde."

Ein Höhepunkt auf dem Wege zur Vereinigung war die gemeinsame Parteiarbeiterkonferenz am 23. 2. 46 in der Jahn-Schule, an der 300 Genossen der KPD und SPD teilnahmen. Genosse Waldemar Schmidt sprach zum Thema: Unsere Aufgaben zur Bildung der Einheitspartei. In seinem Referat ging er von den Zielen und Aufgaben der Arbeiterpartei aus und entlarvte die Machenschaften der von Westdeutschland aus gelenkten Spaltergruppe in der SPD.

WERNER KALISCH:

„In dieser Parteikonferenz brachte ich die Auffassung der großen Mehrheit der Lichtenberger SPD-Genossen zum Ausdruck, indem ich sagte: Auch wir haben aufgebaut und nach dem Nazidunkel das Licht gesehen. Ich bin in meiner Gruppe zu jedem ins Haus gegangen und habe mit jedem Genossen über die weitere Entwicklung gesprochen. Wir haben uns dafür entschieden, daß wir — SPD- und KPD-Genossen — uns kennenlernen und auch zusammenarbeiten werden. Wenn wir jetzt sehen, wie die Reformisten unsere Vereinigung zu verhindern suchen, wissen wir, was diese Leute wollen. Sie haben es noch nie verstanden, eine eigene Kraft zu entfalten und eine eigene Politik zu machen. Wir aber wollen das Gefühl haben, für ein gutes Ziel zusammenzuarbeiten, mit unseren Klassengenossen zusammenzustehen.

Sicher gibt es noch viele Fragen zu klären. Doch wir wollen uns vereinigen, und wenn die Einheitspartei geschaffen ist — und sie wird geschaffen — werden wir beweisen, daß wir wirklich eine einheitliche Kraft darstellen."

Die letzte Etappe

So wie bei uns in Lichtenberg vollzog sich der ideologische und organisatorische Kampf um die Einheit im gesamten Gebiet der sowjetischen Besatzungszone. Auf Grund dieser Entwicklung kam es am 26. 2. 1946 in Berlin zur 2. Sechzigerkonferenz. Je 30 Vertreter der KPD und der SPD (Genossen aus den zentralen Leitungen und den Bezirken) fanden sich zusammen und gelangten zu der Schlußfolgerung, daß SPD und KPD am 19. und 20. April in Berlin getrennte Parteitage durchführen und sich am 21. und 22. April auf dem Vereinigungsparteitag zusammenschließen werden.

Die letzte Etappe der Vereinigung hatte begonnen. Sie war in unserem Stadtbezirk u. a. dadurch gekennzeichnet, daß die Vertreter der Einheit in der SPD auch in den letzten „Bastionen" der rechten SPD-Führer den Sieg davontrugen.

Aus einem protokollarischen Bericht der Mitgliederversammlung der SPD, Abteilungen 124 und 124a:

„Eine Mitgliederversammlung der SPD, Abteilung 124 und 124a, fand am 8. 9. 1946 zum Thema: Vereinigung der KPD und SPD, statt. Genosse Arndt hielt das einführende Referat und setzte sich sehr

für die Durchführung der Beschlüsse des Zentralausschusses der SPD, der legitimen Führung unserer Partei, und die termingerechte Vorbereitung und Durchführung der Vereinigung beider Parteien ein. Er sagte u. a.: ‚Wir können stolz sein, einen solchen umsichtigen Genossen wie Otto Grotewohl an der Spitze der SPD zu haben. In zwei bis drei Jahren werden wir erst deutlich erkennen, wie richtig Otto Grotewohl handelt. Als ich am 1. 3. 1946 in einer Funktionärkonferenz sehen mußte, wie einige Funktionäre unserer Partei auftraten, nicht unterscheiden konnten, was der Arbeiterklasse dient und was der Reaktion nützt, da kamen mir die Tränen in die Augen. Ich habe mich für solche ‚Vertreter der SPD' geschämt. Wir können uns ein Beispiel nehmen an der KPD. Seit die Frage der Vereinigung steht, marschieren die Kommunisten geschlossen in einheitlicher Richtung dem Ziel entgegen. Sie tun alles, was der Einheit dient und treten gegen alles auf, was der Einheit schaden könnte.'

Zu den Angriffen einiger rechter SPD-Genossen gegen die Sowjetunion sagte er:

‚Wir, in den westlichen Ländern, diskutieren und theoretisieren 40 Jahre lang über Demokratie, Sozialismus usw. Praktisch den Sozialismus in die Tat umgesetzt zu haben, können allein die sowjetischen Genossen von sich sagen. Sie hatten ihren Lenin. Lenin war es, der eine eiserne Garde als Partei schuf, wie sie die Bolschewiki darstellen. Wir haben kein Recht, uns aufs hohe Pferd zu setzen und ihnen Vorschriften machen zu wollen. Wir haben von ihnen nur zu lernen. Seht einmal hinüber zur Sowjetunion, schaut hinter den Ural, welches Land hat solche modernen Industriegiganten geschaffen, Städte mit Hunderttausenden Einwohnern sind entstanden. Alles, was die Arbeiter in anderen Ländern nicht haben, besitzen sie in der Sowjetunion und bauen am Sozialismus im Interesse der Arbeiter- und Bauernmassen weiter.'

Genosse Arndt setzte sich konsequent mit den Gefahren, die von Seiten der Reaktion drohten, auseinander und rief in die Versammlung: ‚Ich gehe lieber hundertmal mit meinen kommunistischen Brüdern gegen die Reaktion, als noch einen Tag gegen die Kommunisten.'

In der Diskussion traten die Rechten Schult und Müller gegen die Vereinigung auf und vertraten — durch stürmische Zwischenrufe wie, aufhören, wir wollen kein Korreferat hören, unterbrochen — die reaktionäre Linie der SPD-Führung aus Westdeutschland.

Viele Genossen, wie Jaser, Kranz, Schmidt usw., setzten sich in ihren Diskussionsbeiträgen mit der Auffassung von Schult und Müller auseinander, die den ‚Tagesspiegel' zur Grundlage ihrer Ausführungen gemacht hatten und gegen den Zentralausschuß und die Vereinigung auftraten. Genosse Jaser setzte sich leidenschaftlich für die Einheit ein und wandte sich energisch gegen Schult und alle die, die ‚mit dem Munde für die Einheit sind, in Wirklichkeit aber versuchten, die Vereinigung zu hintertreiben'. Er brachte eine Resolution ein, die dem Zentralausschuß das Vertrauen aussprach und die Vereinigung bis zum 1. Mai 1946 forderte. Sie wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen."

ERNST GLATZER:

„Noch im Oktober traten ernste Widerstände gegen die Vereinigung innerhalb der SPD in Kaulsdorf auf. Das war auf die Haltung der reformistischen SPD-Funktionäre Voigt sen. und Hirlmeyer zurückzuführen. Durch viele persönliche Aussprachen zwischen KPD- und SPD-Genossen sowie eine gemeinsame Mitgliederversammlung im November gelang es uns, die Situation zu verändern. Und das kam so. Die beiden oben genannten hatten in den Mitgliederversammlungen der SPD die Sache immer so dargestellt — und damit verfolgten sie die Linie der Spaltergruppe um Schumacher — als wenn die KPD die SPD einverleiben wollte. Infolgedessen stellten in der gemeinsamen Mitgliederversammlung die ersten Diskussions-

redner von der SPD die Frage, ob die Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien nicht besser sei, als der Anschluß an die KPD. Dann trat ein KPD-Genosse auf. Ich kann mich leider nicht mehr an seinen Namen erinnern, aber an seinen Diskussionsbeitrag erinnere ich mich sehr gut. Er sagte ungefähr folgendes: ‚Aber liebe Genossen von der SPD, ich weiß gar nicht, wie ihr auf diese Frage kommt. Es geht nicht darum, daß ihr zu uns kommt, und es geht nicht darum, daß wir zu euch kommen, sondern der Bruderzwist zwischen uns, der die Kraft der Arbeiterklasse gelähmt hat, muß beseitigt werden. Deshalb müssen wir uns zusammenschließen zu einer einheitlichen Partei, in der alle die gleichen Aufgaben und die gleichen Rechte haben. Wenn wir das tun, sind wir nicht nur doppelt so stark wie heute, sondern die einheitliche Arbeiterpartei würde unsere Kräfte verzehnfachen. Wir meinen es ehrlich und haben keinerlei Hinter- und Nebengedanken, sondern lassen uns ausschließlich von den Interessen des deutschen Volkes leiten.

Vergleicht doch die wichtigsten Aufgaben, die das Zentralkomitee unserer Kommunistischen Partei in seinem Aufruf vom 11. Juni gestellt hat mit denen, die euer Zentralausschuß am 15. Juni beschlossen hat. Die KPD fordert die vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitler-



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

KREISLEITUNG LICHTENBERG

Geschäftsstelle

BERLIN-LICHTENBERG
FRANKFURTER ALLEE 191 A
FERNSPRECHER: 55 36 36
APPARAT 130

IHR ZEICHEN · UNSER ZEICHEN · TAG

BETRIFFT:

Sie wollen bitte davon Kenntnis nehmen, dass am Freitag, dem 29.3.46 um 19 Uhr in Berlin-Lichtenberg, Möllendorffstr. (Rathauskeller) eine Mitgliederversammlung der 119. Abteilung stattfindet.

<u>Tagesordnung:</u>

1. Referat über die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei und über das im Entwurf vorliegende Organisationsstatut.

   Referent: Genosse Wilh. Petzen

2. Diskussion
3. Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag

Kreisleitung – 17. Kreis

partei. Die SPD fordert restlose Vernichtung aller Spuren des Hitlerregimes in Gesetzgebung, Rechtsprechung usw.
Euer Zentralausschuß hat sich ausgesprochen für die Verstaatlichung der Banken, der Versicherungsunternehmungen und der Bodenschätze. Unsere Partei will die Entmachtung der Monopolherren. Ihr seid für eine antifaschistisch-demokratische Republik. Wir sind es auch. Alle unsere Ziele decken sich. Wie kann es auch anders sein. Beides sind Arbeiterparteien, warum sollen wir getrennt für das gleiche Ziel marschieren? Deshalb Einheit!"

Dieser Beitrag brach das Eis. Eine freimütige, gründliche Aussprache fand statt mit dem Ergebnis, daß die Reformisten auch in der Kaulsdorfer SPD-Organisation keine Basis mehr hatten. Nun ging es Schlag auf Schlag weiter. Im Januar fand eine gemeinsame Funktionärkonferenz statt. Unmittelbar nach der zweiten 60er-Konferenz wurde ein Einheitsausschuß beider Parteiorganisationen gebildet, der dann alle Voraussetzungen für den organisatorischen Zusammenschluß zu einer einheitlichen Grundorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands traf."

So war es damals. Trotz aller Anfeindungen der rechten SPD-Führer entschied sich die absolute Mehrheit der Mitglieder der SPD für die Einheit. Anfang März konnten wir in der Verwaltungsbezirksleitung Lichtenberg der KPD und im Kreisvorstand Lichtenberg der SPD feststellen, daß in allen Stadtteilen, Ortsgruppen und Betrieben gemeinsame Mitgliederversammlungen stattgefunden haben und Resolutionen für die Vereinigung verfaßt worden sind. Nun gingen wir den nächsten Schritt.

HEIN PEGLOW:

„Die beiden Kreisleitungen vereinbarten folgendes:
Bis zum 1. 3. 1946 Schaffung einer gemeinsamen Leitung beider Parteien für den Verwaltungsbezirk.
Bis zum 23. 3. Aufstellung eines gemeinsamen Arbeitsplanes für die Arbeiterkulturwoche. 24. 3. bis 1. 4. gemeinsame Kulturveranstaltungen in Wohnbezirken und Betrieben.
Ab 1. 4. ständig gemeinsame Tagungen aller Einheiten der SPD und KPD, außer bei besonderen parteiinternen Angelegenheiten (Delegiertenwahlen usw.). Auch dabei aber Teilnahme von gegenseitigen Vertretungen.
Die Bildung eines Vereinigungsausschusses wurde beschlossen.
Dieser Ausschuß setzte sich wie folgt zusammen:

Für die SPD	Für die KPD
Peters (Kreisleiter)	Peglow (1. Sekretär)
Thiele	Smettan
Gleitze	Trauselt
Gierschner	Griepentrog
Birkhölzer	Kowalke

Es wurden einstimmig beschlossen:
Tagungen: Wöchentlich einmal, und zwar jeden Dienstag, 16.00 Uhr, erstmalig Dienstag, den 12. 3. 1946.
Aufgaben:
a) Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen
b) Bildung örtlicher gleichartiger Unterausschüsse in den Gliederungen der Organisation
c) Beratung und Prüfung der Entwürfe der Grundsätze und des Statuts der SED
d) kommunalpolitische Zusammenarbeit im Bezirk.

Daraufhin fanden überall gemeinsame Mitgliederversammlungen statt. In der ersten gemeinsamen Mitgliederversammlung der Ortsgruppen Friedrichsfelde der SPD und KPD nahmen 600 Genossen beider Parteien teil und begrüßten in einer Entschließung die organisatorische Verschmelzung beider Parteien."

MAX RING:

„Entsprechend den Beschlüssen im gemeinsamen Ausschuß der beiden Parteien fand im März die Kreisdelegiertenkonferenz der SPD statt. Die anwesenden Vertreter der Organisation der verschiedensten Wohngebiete und Betriebe beschlossen die Zusammenführung der beiden Parteien. Ein großer Teil der Genossen unserer damaligen Sozialdemokratischen Partei berichtet davon, daß

die Vereinigung in den Grundorganisationen weit fortgeschritten, ja teilweise schon vollzogen war."

CARL PORTH:

„Am 23. 3. 1946 fand die Delegiertenkonferenz der KPD in Lichtenberg statt, die ganz unter dem Zeichen der Vereinigung stand und die Delegierten für den Bezirksparteitag der KPD wählte. Am 30. 3. 1946 wurde in einer Parteiarbeiter-Konferenz die Delegiertenkonferenz ausgewertet und folgende Resolution einstimmig verabschiedet:

Die Delegierten und Parteiarbeiter des Verwaltungsbezirks 17 heißen die Linie der Partei in der Schaffung der Einheitspartei für gut. Sie sprechen dem Zentralkomitee, der Bezirksleitung sowie der Verwaltungsbezirksleitung das Vertrauen aus. Die Parteiarbeiter verpflichten sich, die Beschlüsse der Partei gewissenhaft durchzuführen! Wir Parteiarbeiter erwarten vom Bezirksparteitag, daß dieser die organisatorische Vereinigung der beiden Arbeiterparteien beschließt und die praktischen Arbeiten zur Verschmelzung vollendet.
Zum 1. Mai nur eine Arbeiterpartei, die Sozialistische Einheitspartei!"

Zur gleichen Zeit wurden in den anderen Verwaltungsbezirken Berlins ähnliche Schritte gegangen. In Friedrichshain, Weißensee und Treptow z. B. war die Vereinigung der Parteien ebenfalls eine beschlossene Sache. Diese Entwicklung versetzte die in Westdeutschland und Westberlin um Schumacher versammelten rechten SPD-Führer in Wut. Sie gingen den letzten, den verwerflichsten Schritt und spalteten in Berlin die SPD.

Die Spalter kommen im sowjetischen Sektor Berlins nicht durch

FRITZ FUCHS:

„Zurückdenkend an jene Zeit ist mir neben vielen Einzelheiten und kämpferischen Aktionen vor allem in Erinnerung geblieben, wie unterschiedlich die Haltung der Besatzungsmächte in Berlin zu den Bestrebungen der Einheit der Arbeiterklasse war. Wir alten SPD-Genossen hatten natürlich persönliche Verbindungen, die über ganz Berlin reichten. Deshalb kann ich mit vollem Recht sagen, während im damaligen sowjetischen Sektor Berlins die sowjetischen Freunde unseren Bestrebungen nach Einheit nichts in den Weg legten, ja sie sogar unterstützten, verhielten sich die Besatzungstruppen der imperialistischen Westmächte anders. Mir sind Beispiele bekannt, daß Beamte Westberliner Besatzungsbehörden die Vereinigung der Arbeiterparteien mit den Mitteln der Gewalt unterbanden. In den ersten Monaten 1946 wurden z. B. in Schöneberg eine Reihe kommunistischer Funktionäre verhaftet. Es handelte sich um die einflußreichsten Vertreter des Einheitsgedankens. Sie wurden, unter später schnell entkräfteten Vorwänden, ausgerechnet wenige Stunden vor dem Stattfinden einer beim amerikanischen Militärkommandanten angemeldeten gemeinsamen Versammlung der Kommunisten und Sozialdemokraten von Schöneberg in Haft genommen. Einer von ihnen wurde sogar von der amerikanischen Militärbehörde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Es handelte sich um den kommunistischen Genossen Gerhard Jurr, der nach zehn Jahren Haft in faschistischen Kerkern erst Anfang Mai 1945 von sowjetischen Truppen aus dem Zuchthaus in Brandenburg befreit wurde.

Eine besonders „beliebte" Methode der Besatzungsbehörden in Westberlin zur Verunglimpfung der Einheit war, daß sie den SPD-Funktionären sagten: ‚Wenn ihr unbedingt die Einheit wollt, dann tretet in die KPD ein.' Das hatte zweierlei Ziele: Einmal wäre der Eintritt einer Reihe von SPD-Genossen in die KPD noch lange keine Einheit gewesen, zum anderen war es eine Schützenhilfe für das Argument der Schumacher, Klingelhöfer usw., die wider allen Tatsachen behaupteten, die KPD wolle die SPD schlucken. Daß dem nicht so war, zeigt ja allein die Tatsache, daß nach dem Vereinigungsparteitag in der SED mehrere Jahre die Leitungen der Partei

paritätisch (50 Prozent ehemalige KPD- und 50 Prozent ehemalige SPD-Genossen) zusammengesetzt waren und daß es in Grundorganisationen bis zur Spitze der Partei zwei Vorsitzende gab, die im zentralen Maßstab die Genossen Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl und z. B. bei uns in Lichtenberg Genosse Peters und Genosse Mundt waren.

Unter der paritätischen Leitung entwickelte sich der Prozeß der ideologischen Festigung der Partei auf der Grundlage der Grundsätze und des Statuts der SED."

WILHELM PETERS:

„In der SPD hatte sich die Mehrheit der Mitglieder in ganz Berlin in den verschiedensten Versammlungen, auch in Funktionärtagungen, für die Einheit entschieden. Alle Argumente der Gegner der Einheit, ob es ‚unser' Lipschitz in Lichtenberg oder Klingelhöfer oder sonst wer war, waren mit ihren Argumenten nicht durchgekommen. Da ergriffen sie die Initiative zu einem scheußlichen Trick. Sie forderten eine Urabstimmung in der SPD. Wir ehrlichen Sozialdemokraten waren empört.

Noch nie wurden in unserer Partei Probleme durch Urabstimmungen entschieden. Das war eine spezielle Methode des gewerkschaftlichen Kampfes, und zwar des ökonomischen. Sie beabsichtigten mit dieser Urabstimmung nichts weiter als die Verhinderung der Einheitspartei. Angesichts der Stimmung unter den SPD-Mitgliedern wagten sie aber nicht die Frage zu stellen: Einheit ja oder nein, sondern sie stellten demagogisch folgende Fragen:

1. Bist Du für eine sofortige Vereinigung der beiden Parteien, ja oder nein?

2. Bist Du für ein Bündnis beider Parteien, ja oder nein?

Der vom Genossen Otto Grotewohl geleitete Zentralausschuß der SPD forderte die Mitglieder auf, ihre Parteitreue und ihren Willen zur sofortigen Vereinigung zu bekunden, indem sie der Urabstimmung demonstrativ fernblieben. Im damaligen sowjetischen Sektor Berlins entschieden sich die SPD-Organisationen dafür, die Urabstimmung nicht durchzuführen. Auch in den Westsektoren blieben fast 16000 Sozialdemokraten trotz der riesigen Propagandawelle und trotz der Verhaftung von führenden Einheitsanhängern durch westliche Militärbehörden der Urabstimmung fern. Gegen die Einheit stimmten ganze 8 Prozent der Berliner Sozialdemokraten. Damit hatte die Spaltergruppe ihr Ziel nicht erreicht. Aber es war ihr doch gelungen, wiederum Verwirrung und Zwietracht zu säen und die Vereinigung in Westberlin zu hintertreiben."

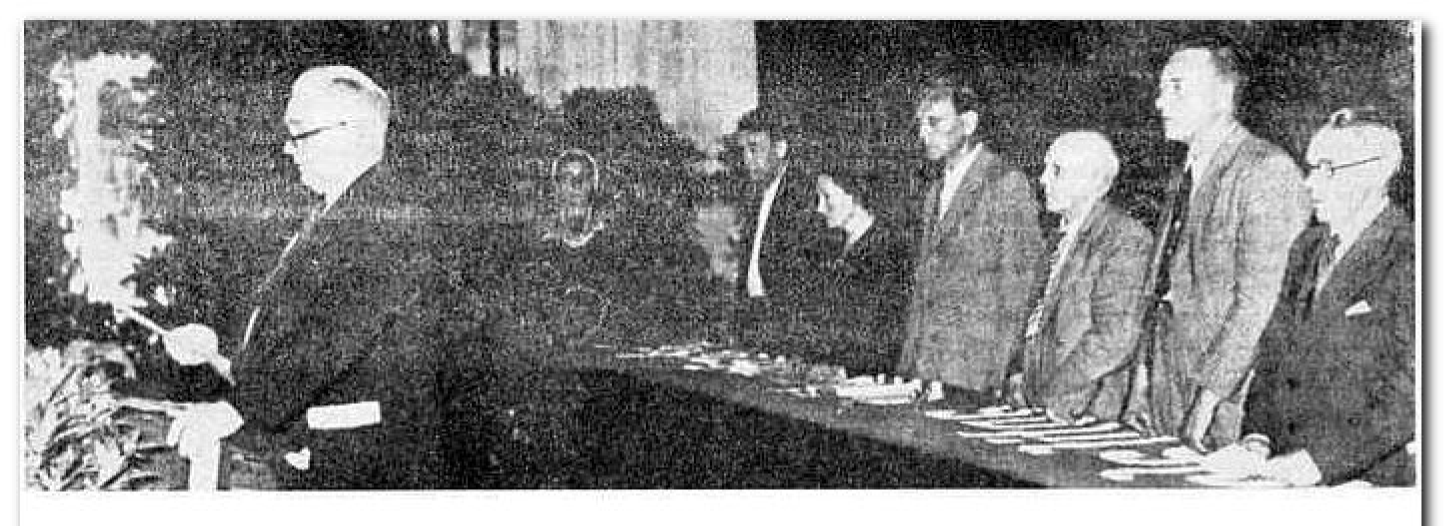
PAUL HANDELMANN:

„Auf die Entwicklung im sowjetischen Sektor Berlins hatte die Urabstimmung keinen wesentlichen Einfluß.

In Friedrichsfelde war ja die Vereinigung bereits beschlossen, als die Urabstimmung in Westberlin stattfand. Wir hielten es aber für notwendig, dennoch eine weitere Zusammenkunft der SPD-Mitglieder durchzuführen. Sie fand Ende März statt. Auch in dieser Versammlung haben sich über 80 Prozent der SPD-Mitglieder für die Vereinigung entschieden. Das muß man festhalten, um den später eintretenden Geschichtsfälschungen durch die SPD-Spalter aus der Ziethenstraße entgegenzutreten."

WILHELM PETERS:

„Durch die Spaltungspolitik der Schumacher-Gruppe bildeten sich in den SPD-Einheiten zwei Gruppen heraus. Eine, die aus der großen Mehrheit aller Mitglieder, besonders aus den Arbeitern in der SPD, bestand, war für die Einheit auf der Grundlage des Aufrufs der Sechziger-Konferenz. Ein kleiner Kreis, zu dem solche Leute wie Lipschitz gehörten, der später ja auch in Westberlin eine schmähliche Rolle spielte, lehnte bedingungslos die Einheit ab.
Wir sind jedoch mit diesen Spaltern fertiggeworden und haben entsprechend dem Willen der großen Mehrheit die



Wilhelm Pieck spricht auf einer Einheitskundgebung in der „Hasenheide"

Einheit der Arbeiterparteien durchgesetzt. Wie einzelne Genossen darauf reagierten, zeigt ein Beispiel:
Ein Friedrichsfelder Genosse hat ein SPD-Banner über die Zeit des Hitlerfaschismus hinaus, unter der Gefahr des Terrors und der Vernichtung in Ölpapier verpackt und im Keller versteckt. Wenige Tage nach dem Zusammenschluß der Parteien machten wir aus dem ‚SPD'-Banner ein ‚SED'-Banner und waren stolz darauf, als eine der ersten Parteiorganisationen ein Symbol unserer einheitlichen Kampfpartei zu haben.
Im Dezember 1946 bekam Genosse Handelmann einen Brief von der SPD-Leitung Westberlin, Ziethenstraße, und wurde aufgefordert, das Banner der SPD wieder herauszugeben. Es wäre durch die SPD angeschafft worden und gehöre somit der SPD. Die ehemaligen Mitglieder der SPD aus Friedrichsfelde, die nunmehr Mitglieder der SED waren, haben sich damals zusammengesetzt und der SPD-Leitung in der Ziethenstraße eine eindeutige Antwort erteilt. In einem Brief wiesen sie darauf hin, daß die Fahne dahin gehöre, wo sich die große Mehrheit der SPD-Mitglieder befinde, in die SED. Die Genossen drückten in diesem Brief auch ihr Bedauern und ihre Enttäuschung darüber aus, daß sich in der SPD noch Genossen gefunden hätten, die keine Lehren aus der Arbeiterbewegung vor 1933 gezogen und die Spaltung durchgeführt haben."

Bezirksparteitag der SPD Groß-Berlin

am 13. April 1946 um 9.30 Uhr im Theater am Schiffbauerdamm

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht
   Berichterstatter: Genossen ERICH LUBBE und EMIL BARTH
2. Bericht der Revisoren
   Berichterstatter: Genosse HAUTH
3. Aussprache
4. Stellungnahme zu den Grundsätzen und Statuten
   Referent: ERICH GNIFFKE
5. Beratung der dafür vorliegenden Anträge und Beschlußfassung über die Vereinigung
6. Wahl der anteiligen Mitglieder für den Berliner Vorstand der Sozialistischen Einheitspartei
7. Verschiedenes

Bezirksparteitag der KPD Groß-Berlin

am 13. April 1946, 9.30 Uhr, im Deutschen Theater

Tagesordnung:

1. Bericht der Bezirksleitung
   Berichterstatter: Genosse WALDEMAR SCHMIDT
2. Diskussion
3. Schlußwort
   Genosse HERMANN MATERN
4. Beschlußfassung über die Grundsätze und Ziele sowie die Statuten der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
5. Wahlen
   a) Wahlen der anteiligen Mitglieder für den Berliner Vorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
   b) Wahl der Delegierten zum Parteitag

Gemeinsamer Parteitag der SPD und KPD

am Sonntag, dem 14. April 1946, 9.30 Uhr, im Palast

Ouvertüre Leonore 3 von Ludwig van Beethoven

Tagesordnung:

1. Wahl des Präsidiums
2. Begrüßungen
3. Die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Berlin
   Referenten: Die Vorsitzenden der SPD und KPD Groß-Berlin
4. Bestätigung des Bezirksvorstandes Groß-Berlin der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Die große Kraft

HEIN PEGLOW:

„Nachdem in Berlin-Lichtenberg und anderen Stadtbezirken des damaligen Ostsektors die Vereinigungsbeschlüsse der Kreisorganisationen der SPD und KPD erfolgt waren, fanden in Berlin Bezirksparteitage statt.

Am 13. 4. 1946 tagte im Theater am Schiffbauerdamm der Bezirksparteitag der KPD und im Deutschen Theater der Bezirksparteitag der SPD. Am Tage darauf fand im Friedrichstadtpalast der gemeinsame Bezirksparteitag der SPD und KPD statt, der die Vereinigung beschloß. Die Delegierten unserer Kreisparteiorganisation vertraten rund 10 000 Mitglieder, und zwar 4500 ehemalige SPD- und 5500 ehemalige KPD-Genossen. Getragen vom Vertrauen der Lichtenberger Genossinnen und Genossen hatte ich die große Ehre, als ordentlicher und stimmberechtigter Delegierter am XV. Parteitag der KPD, am 19. und 20. 4. 1946 in Berlin im Deutschen Theater, in der Schumannstraße, teilzunehmen. Gleichzeitig wurde ich als ordentlicher und stimmberechtigter Delegierter des Stadtbezirks Lichtenberg (XVII) zum 1. Parteitag der SED (Vereinigungsparteitag) am 21. und 22. April 1946 in Berlin (Staatsoper — Admiralspalast) delegiert."

Seit dem Vereinigungsparteitag der KPD mit der SPD, seit dem symbolischen Händedruck Wilhelm Piecks und Otto Grotewohls, sind zwei Jahrzehnte vergangen. In diesen 20 Jahren wurde bewiesen: Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse seit dem „Manifest der Kommunistischen Partei", dem Entstehen der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland und der Schaffung der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1918. Die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen unter der Führung der SED eine historische Wende in Deutschland herbeiführen konnte, war geschaffen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands vertritt mit ihrer Politik die Interessen der ganzen deutschen Nation und des ganzen deutschen Volkes. Demgemäß führt sie einen prinzipienfesten Kampf gegen die Politik der in Westdeutschland wieder erstandenen Macht der Imperialisten und Militaristen. Dabei reicht sie den Klassengenossen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Bruderhand.

Erst in jüngster Zeit hat das Zentralkomitee unserer Partei erneut die Verständigung, die Versöhnung zwischen SPD und KPD im Interesse der großen Verantwortung, die die beiden stärksten deutschen Parteien für die Geschicke der Nation tragen, vorgeschlagen.

Wir — die vor 20 Jahren am großen Werk der Vereinigung von SPD und KPD im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik mitgearbeitet haben — fühlen uns berechtigt zu erklären:

Die im offenen Brief des Zentralkomitees an den Dortmunder Parteitag der SPD enthaltenen Vorschläge sind gut und richtig. Sie stimmen mit den Erfahrungen, die wir in unserem langen Leben, bei der Teilnahme an den revolutionären Kämpfen der deutschen Arbeiterbewegung gesammelt haben, überein. Unser Wunsch ist, daß die sozialdemokratischen Genossen in Westdeutschland erkennen, nur durch die Gemeinsamkeit von SED und SPD, durch den gemeinsamen Kampf der Friedensfreunde aus ganz Deutschland, kann der wahnwitzige Ritt der Atomkriegspolitiker der CDU-CSU, der ganz Deutschland in eine Katastrophe führen würde, aufgehalten werden.

„Ein neues Zeitalter in der Geschichte des deutschen Volkes hat begonnen: das Zeitalter des Sozialismus.

Es ist das Zeitalter des Friedens und der sozialen Sicherheit, der Menschenwürde und Brüderlichkeit, der Freiheit und Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und Lebensfreude. Die jahrhundertealte Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird beseitigt. Das Volk, das alle Werte schafft, gestaltet sein Schicksal, das Geschick der Nation. In der neuen Gesellschaft gilt der Grundsatz: Alles mit dem Volk, alles durch das Volk, alles für das Volk.

Die Deutsche Demokratische Republik ist in dieses neue, das sozialistische Zeitalter in Deutschland bereits eingetreten. Hier hat die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und den anderen Werktätigen die Staatsmacht erobert und gemeistert. Sie wurde dazu befähigt, durch die Überwindung der jahrzehntelangen Spaltung der Arbeiterklasse, durch die Vereinigung der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands....

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei des Sozialismus. Sie ist die Partei der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes. Sie ist die Partei des Friedens, der nationalen Würde und nationalen Einheit. Sie kämpft um die Überwindung der Spaltung der deutschen Nation, die von den

deutschen und ausländischen Imperialisten hervorgerufen wurde. Sie ist die Partei des Fortschritts und der Demokratie. Sie ist eine marxistisch-leninistische Kampfpartei. Sie gehört zur großen und ständig wachsenden Familie der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder, mit der sie unlösbar verbunden ist.

Es ist das unsterbliche Verdienst der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, daß sie die Spaltung der Arbeiterklasse überwand und zusammen mit allen in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinten fortschrittlichen und friedliebenden Kräften, Parteien und Massenorganisationen in der Deutschen Demokratischen Republik das Fundament des neuen Zeitalters für das deutsche Volk errichtete, von dem seit Generationen die besten und kühnsten Deutschen träumten. Es ist das unsterbliche Verdienst der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die größte Revolution der deutschen Geschichte eingeleitet und die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik zum Sieg geführt zu haben.

Es ist das unverrückbare Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, auf diesem festen Fundament — zusammen mit dem werktätigen Volk und für das deutsche Volk — das neue, das sozialistische Zeitalter zu gestalten und seine lichten Höhen zu erstürmen.

Der Sozialismus ist ein Ziel, das — durch die Kraft der Arbeiterklasse und des Volkes — morgen auch in ganz Deutschland geschichtliche Wirklichkeit sein wird. Es entspricht dem Entwicklungsgesetz der menschlichen Gesellschaft. So wie einstmals die mittelalterliche Feudalordnung dem Kapitalismus weichen mußte, so muß heute die kapitalistische Herrschaft der sozialistischen Gesellschaftsordnung weichen. In der ganzen Welt, und also auch in Deutschland! Nicht im Ergebnis eines Krieges, sondern durch friedlichen Wettbewerb. Das ist unser Wille und unser Streben. Dem Sozialismus gehört die Zukunft. In ganz Deutschland, nicht nur in der Deutschen Demokratischen Republik ...

Die sozialistische Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik entspricht allen Erfordernissen der deutschen Nation. Sie entspricht den Lebensinteressen des deutschen Volkes. Sie verheißt ihm Frieden und eine glückliche Zukunft. Deshalb ist die Deutsche Demokratische Republik der deutsche Staat, der den geschichtlichen Fortschritt und die nationale Zukunft Deutschlands verkörpert. Der Arbeiter-und-Bauern-Staat ist der rechtmäßige deutsche Staat. Er ist das Bollwerk des Kampfes des ganzen deutschen Volkes für Frieden, Demokratie und Sozialismus."

Aus dem „Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands".

Unsere Autoren:

Aktivisten der ersten Stunde – Vorkämpfer der Einheit



Louise Dünninghaus

SPD seit 1914, KPD seit 1920.
1945 Mitglied der Leitung des antifaschistischen Frauenausschusses, Verwaltungsbezirk Berlin-Lichtenberg.
Träger der Medaillen für „Teilnahme an den bewaffneten Kämpfen 1918–1923“, „Kämpfer gegen den Faschismus“ sowie der „Verdienstmedaille der Deutschen Demokratischen Republik“.
Heute Rentnerin, ehrenamtliche Mitarbeiterin der Kreisleitung.



Fritz Fuchs

SPD seit 1926.
1945 Gruppenkassierer in der SPD, Vorsitzender der Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder, Berlin-Lichtenberg.
Zweimal als Aktivist ausgezeichnet.
Heute Angestellter beim Rat des Stadtbezirks, Gruppenorganisator der SED.



Ernst Glatzer

KPD seit 1919.
1945 Stadtbezirksleiter der KPD in Kaulsdorf, Gewerkschaftsfunktionär.
Träger der „Medaille für ausgezeichnete Leistungen“.
Heute Rentner, ehrenamtlicher Mitarbeiter der Geschichtskommission sowie ehrenamtlicher Mitarbeiter des Bezirksvorstandes des FDGB.



Willi Griepentrog

KPD seit 1925.
1945 Sekretär der Unterbezirksleitung der KPD Berlin-Lichtenberg. Träger des „Vaterländischen Verdienstordens“ und der „Verdienstmedaille der Deutschen Demokratischen Republik“.
Heute Instrukteur im Zentralausschuß der Volkssolidarität.



Paul Handelmann

SPD seit 1919.
1945 Vorsitzender der Abteilung Friedrichsfelde der SPD.
Träger der „Medaille für 40jährige Parteizugehörigkeit“. Heute Rentner, ehrenamtlicher Mitarbeiter der Geschichtskommission.



Edith Höding

KPD seit 1932.
1945 Vorsitzende des antifaschistischen Frauenausschusses, Verwaltungsbezirk Berlin-Lichtenberg.
Träger der „Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus“ und der „Clara-Zetkin-Medaille“.
Heute Kaderleiterin im DEFA Studio für Synchronisation, Parteisekretär.



Erwin Hübenthal

KPD seit 1922.
1945 Bürgermeister in Friedrichsfelde.
Träger der „Medaille Kämpfer gegen den Faschismus", Aktivist.
Heute Rentner, stellvertretender Sekretär einer Wohnparteiorganisation, ehrenamtlicher Mitarbeiter der Geschichtskommission.



Werner Kalisch

SPD seit 1926.
1945 Vorsitzender einer Abteilung der SPD.
Träger der „Verdienstmedaille der Deutschen Demokratischen Republik".
Heute Rentner.

Georg Noack

KPD seit 1927.
1945 Leiter des Arbeitsamtes Berlin-Lichtenberg.
Träger des „Vaterländischen Verdienstordens" und der „Medaille Kämpfer gegen den Faschismus".
Heute Rentner, Sekretär einer Wohnparteiorganisation.



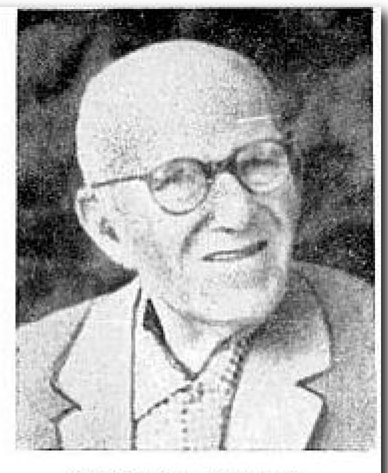
Hanna Noack

KPD seit 1931.
1945 Mitglied des antifaschistischen Frauenausschusses in Friedrichsfelde.
Träger der „Medaille Kämpfer gegen den Faschismus" und der „Verdienstmedaille der Deutschen Demokratischen Republik".
Heute Mitarbeiter der SED Kreisleitung Lichtenberg.



Hein Peglow

KPD seit 1931.
1945 zunächst Sekretär für Agitation und Propaganda der Unterbezirksleitung Berlin-Lichtenberg der KPD, ab 1. Oktober 1. Sekretär.
Heute Mitarbeiter der Handwerkskammer, Parteipropagandist, ehrenamtlicher Mitarbeiter der Geschichtskommission.



Wilhelm Peters

SPD seit 1903.
1945 Kreisvorsitzender der SPD Berlin-Lichtenberg.
Träger des „Vaterländischen Verdienstordens" und der „Medaille für 50jähr. Parteimitgliedschaft".
Heute Rentner.



Carl Porth

KPD seit 1918.
1945 Leiter der operativen Ordnungsgruppe Berlin-Lichtenberg, anerkannter Verfolgter des Naziregimes, dreifacher Aktivist.
Heute Rentner, ehrenamtlicher Mitarbeiter der Geschichtskommission.



Erwin Reisler

KPD seit 1930.
1945 Mitarbeiter der operativen Ordnungsgruppe Berlin-Lichtenberg.
Träger der „Medaille Kämpfer gegen den Faschismus" und der „Verdienstmedaille der Deutschen Demokratischen Republik".
Heute Rentner, ehrenamtlicher Mitarbeiter der Geschichtskommission, Mitglied der Leitung einer Wohnparteiorganisation.



Max Ring

SPD seit 1907.
1945 Mitglied des Kreisvorstandes Berlin-Lichtenberg der SPD.
Träger der „Medaille für 50jährige Parteimitgliedschaft" und der „Fritz-Heckert-Medaille".
Heute Rentner, Vorsitzender des Arbeitskreises verdienter Gewerkschaftsveteranen, Mitglied der Leitung einer Wohnparteiorganisation.



Franziska Schulze-Iburg

KPD seit 1929.
1945 Leiterin des Amtes für Kunst Berlin-Lichtenberg und Korrespondentin der „Deutschen Volkszeitung".
Träger der „Medaille Kämpfer gegen den Faschismus" und der „Deutschen Friedensmedaille".
Heute Rentnerin, Mitglied des Deutschen Friedensrates.



Karl-Ludwig Schulze-Iburg

SPD seit 1925, KPD seit 1930.
1945 Vorsitzender des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Berlin-Lichtenberg.
Träger des „Vaterländischen Verdienstordens" und der „Medaille Kämpfer gegen den Faschismus".
Heute Professor für Gesellschaftswissenschaften, emeritiert, ehrenamtlicher Mitarbeiter der Geschichtskommission.



Kurt Smettan

KPD seit 1926.
1945 vom 18. Juni bis 30. September 1. Sekretär der Unterbezirksleitung Berlin-Lichtenberg der KPD, danach Mitarbeiter der Bezirksleitung der KPD.
Träger der „Medaille Kämpfer gegen den Faschismus" und der „Verdienstmedaille der Deutschen Demokratischen Republik".
Heute Rentner, ehrenamtlicher Mitarbeiter der Geschichtskommission.



Max Trauselt

KPD seit 1919.
1945 zunächst Stadtbezirkssekretär der KPD, danach ab 1. Oktober Sekretär für Agitation und Propaganda der Unterbezirksleitung Berlin-Lichtenberg der KPD.
Träger der Medaillen für „Teilnahme an den bewaffneten Kämpfen 1918–1923“ und „Kämpfer gegen den Faschismus“. Heute Rentner, ehrenamtlicher Mitarbeiter der Geschichtskommission.



Richard Wermer

SPD seit 1910, KPD seit 1919.
Träger des „Vaterländischen Verdienstordens“ (Silber) sowie u. a. der Medaille der „Teilnahme an den bewaffneten Kämpfen 1918 bis 1923 und der „Medaille Kämpfer gegen den Faschismus“.
Heute Rentner, ehrenamtlicher Vorsitzender der Geschichtskommission.



Reinhard Wiemer

CDU seit 1945.
1945 Mitglied des Aktionsausschusses der antifaschistischen Parteien in Lichtenberg.
Träger der „Verdienstmedaille der Deutschen Demokratischen Republik“.
Heute Leiter der Kreisgeschäftsstelle Lichtenberg der Industrie- und Handelskammer und Mitglied des Kreisvorstandes Berlin-Lichtenberg der CDU.



Paul Wolff

KPD seit 1920.
1945. Bis 18. Juni politischer Leiter der Unterbezirksleitung der KPD. Bezirksrat für Verwaltung und Personal. Mitglied der Bezirksleitung Berlin der KPD.
Träger des „Vaterländischen Verdienstordens", der „Medaille „Kämpfer gegen den Faschismus".
Heute Rentner, Sekretär einer Wohnparteiorganisation u. ehrenamtlicher Mitarbeiter der Geschichtskommission.



Waltraut Wolff

KPD seit 1945.
1945 Jugendfunktionär.
Heute Sekretärin, ehrenamtliche Mitarbeiterin der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion.

Die örtliche Kommission

zur Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung dankt den vielen Helfern,
die durch Erlebnisberichte, Dokumente, Bilder und anderen Materialen
einen wertvollen Beitrag zur vorliegenden Broschüre leisteten.

EVP 0,50 MDN

Redaktionsschluß: 12. Februar 1966

Herausgeber: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands • Kreisleitung Berlin-Lichtenberg

Örtliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Gestaltung: Heinz Biskup